



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Sierra Leone: Mit Sicherheit eine gute Wahl?

Eine Zwischenbilanz der
demokratischen
Friedenskonsolidierung

Occasional Paper
April 2009



Occasional Paper II

Sierra Leone: Mit Sicherheit eine gute Wahl?

Eine Zwischenbilanz der demokratischen
Friedenskonsolidierung

Helen Radecke
BICC
April 2009

Contents

Abkürzungsverzeichnis	5
1. Einleitung	6
2. Democratic Peacebuilding: Entstehung und Entwicklung	8
2.1 Nach dem Jubiläum der Agenda für den Frieden: Bilanzen der Peacebuilding-Dekade	8
2.2 Internationale Demokratisierungsbemühungen auf dem Prüfstand	10
3. Sierra Leone – vom ‚gescheiterten Staat‘ zur postkonfliktiven Demokratie	20
3.1 Historischer Ausgangspunkt: Koloniales Erbe und Bürgerkrieg	20
3.2 Democratic Peacebuilding in Sierra Leone: zwischen Sicherheitsbedürfnissen und demokratischer Erneuerung	22
3.3 Beurteilungen von Sicherheitssektorreform und Demokratisierungshilfe	30
4. Die Bilanz: Zwischen Akklamation und Ernüchterung	38
Quellen- und Literaturverzeichnis	42
About BICC	50

Abkürzungsverzeichnis

ACC	Anti Corruption Commission	TRC	Truth and Reconciliation Commission
AFRC	Armed Forces Revolutionary Council	UN	United Nations
APC	All People's Congress	UNAMSIL	United Nations Mission in Sierra Leone
BTI	Bertelsmann Transformation Index	UNDP	United Nations Development Programme
CGG	Campaign for Good Governance	USAID	United States Agency for International Development
CIDA	Canadian International Development Agency	WFD	Westminster Foundation for Democracy
DD&R	Disarmament, Demobilization and Reintegration		
DFID	Department for International Development		
GoSL	Government of Sierra Leone		
ICG	International Crisis Group		
IMATT	International Military Advisory and Training Team		
IMC	Independent Media Commission		
IWF	Internationaler Währungsfonds		
JSDP	Justice Sector Development Programme		
NDI	National Democratic Institute		
NEC	National Electoral Commission		
NEW	National Election Watch		
OSIWA	Open Society Initiative for West Africa		
PLP	People's Liberation Party		
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper		
RSLAF	Republic of Sierra Leone Armed Forces		
RUF	Revolutionary United Front		
RUFP	Revolutionary United Front Party		
SFCG	Search for Common Ground		
SLAJ	Sierra Leone Association of Journalists		
SLP	Sierra Leone Police		
SLPP	Sierra Leone People's Party		
SSR	Security Sector Reform		

1. Einleitung

Den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Sierra Leone im August und September 2007 wurde von nationaler wie internationaler Seite eine erhebliche Bedeutung zugemessen (so z.B. Zounmenou, 2007; Tejan-Cole, 2007). Nach Dekaden des staatlichen Zerfalls und Jahren des Bürgerkrieges in Sierra Leone markierte diese Abstimmung als zweite Nachkriegswahl und erster friedlicher Regierungswechsel einen entscheidenden Moment der Friedenskonsolidierung (Miall, Ramsbotham und Woodhouse, 2003, S. 201). Nachdem das Land lange als sog. „gescheiterter Staat“ (Reno, 2003b) oder gar als Ausgangspunkt einer globalen Bedrohung durch „kriminelle Anarchie“ charakterisiert wurde (Kaplan, 1994), verfügt der sierra-leonische Staat mittlerweile wieder über ein „reasonable monopoly over the use of force“ (ICG, 2007, S. 1).

Nach ursprünglichem Desinteresse an dem 1991 entbrannten Bürgerkrieg in Sierra Leone intervenierten die UN schließlich nach der Unterzeichnung eines Friedensabkommens im Juli 1999 im Oktober desselben Jahres. Die United Nations Mission in Sierra Leone (UNAMSIL) entwickelte sich mit 17.500 Soldaten zu der damals größten UN-Mission. Anfänglichen Schwierigkeiten zum Trotz wird UNAMSIL heute weitgehend als Erfolg angesehen (Malan et al., 2003), und der Bürgerkrieg wurde 2002 für beendet erklärt. Inzwischen ist das Land neben Burundi zu einem der ersten Aufgabengebiete für die 2006 gegründete UN Peacebuilding Commission avanciert, was den enormen Bedeutungszuwachs Sierra Leones für die internationale Gemeinschaft illustriert.

Seitdem haben internationale Geber, insbesondere die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien, erhebliche Anstrengungen unternommen, den fragilen Frieden in Sierra Leone zu festigen. Fünf Jahre nach Kriegsende geben die zweiten postkonfliktiven

Präsidentschafts- und Parlamentswahlen Anlass zu der Frage, welche Resultate die mitunter als „Rekolonialisierung“ (BTI, 2006, S. 1) bezeichnete massive Intervention der internationalen Gemeinschaft seit der Beendigung des Krieges erbracht hat. Dieses BICC *Occasional Paper* nimmt eine Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen der von der internationalen Gemeinschaft durchgeführten Initiativen und Maßnahmen im Bereich des „*democratic peacebuilding*“ in Sierra Leone vor. In dem Begriff „*democratic peacebuilding*“ bzw. „demokratische Friedenskonsolidierung“¹ kommt die Praxis zum Ausdruck, Demokratisierung und Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften als eine Einheit zu betrachten (Burnell 2006, S. 1-2). *Democratic peacebuilding* führt daher das internationale Engagement in Nachkriegsgesellschaften mit dem Charakter des politischen Systems in den betreffenden Staaten zusammen.

Im Unterschied zu Demokratisierungsbemühungen in autoritär geführten Staaten besteht für *democratic peacebuilding* die doppelte Herausforderung, die Ziele der Partizipation, des *capacity building* und der Rechtsstaatlichkeit zu erreichen und zugleich eine Rückkehr zum gewaltsamen Konflikt austrag zu verhindern. Die Schwerpunkte bisheriger Demokratisierungshilfe in Postkonfliktstaaten lassen sich in die drei Bereiche Wahlen, Menschenrechte und Medien einteilen (de Zeeuw, 2005, S. 483-484). Paradoxerweise droht diese Gewichtung von Demokratisierungsbemühungen entgegen der allgemeinen Tendenz zur Betonung von Sicherheitsmaßnahmen in *peacebuilding*-Missionen die Notwendigkeit der Reform und der Demokratisierung des Sicherheitssektors in vielen Nachkriegsgesellschaften zu übersehen.

¹ Obwohl *peacebuilding* treffender mit „Friedensaufbau“ zu übersetzen ist (Matthies, 1995, S. 13), soll hier entsprechend der gängigen Praxis der Begriff „Friedenskonsolidierung“ synonym verwendet werden.

Nicht nur die Armee und die Polizei, als Garanten einer gewaltfreien Nachkriegsordnung, auch die Justiz, als elementarer Bestandteil eines Rechtsstaates, sollten im Rahmen demokratischer Friedenskonsolidierung gestärkt und demokratisiert werden. In diesem Paper wird die These vertreten, dass der Erfolg demokratischer Friedenskonsolidierung maßgeblich von der Effizienz und der Demokratisierung des Sicherheitssektors abhängt. Ziel der Publikation ist es, die Demokratisierungsbemühungen in Sierra Leone exemplarisch darzustellen und in einer Zwischenbilanz der Frage nachzugehen, ob und inwieweit diese Bemühungen Partizipation, *capacity building* und Rechtsstaatlichkeit fördern konnten.

Folglich liegt der Schwerpunkt der Darstellungen auf der Analyse der einzelnen in Sierra Leone durchgeführten Maßnahmen zur Förderung der demokratischen Friedenskonsolidierung. An die theoretische Einleitung (Kapitel 2) schließt sich daher eine kurze Einführung in die historische Ausgangslage Sierra Leones an (Punkt 3.1). Den Hauptteil bilden die Darstellung (Punkt 3.2) und Evaluierung (Punkt 3.3) des internationalen Engagements in Sierra Leone. In einer abschließenden Bilanz sollen Rückbezüge auf die Theorie und die Konzeption demokratischer Friedenskonsolidierung hergestellt und Lehren aus dem Beispiel Sierra Leone für die Zukunft von *democratic peacebuilding* gezogen werden (Kapitel 4).

Dieses *Occasional Paper* entstand ursprünglich als eine Abschlussarbeit im Rahmen des postgradualen Masterstudienanges „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg. Sie stellt eine überarbeitete und aktualisierte Fassung der im Juli 2007 fertig gestellten Masterarbeit dar. Der enge Zeitraum und die knappen Vorgaben für den Umfang der Masterarbeit setzten der Untersuchung enge Grenzen hinsichtlich der Auswahl der Methoden. Die Arbeit basiert daher primär auf wissenschaftlicher Literatur und Projektberichten, wertet verschiedene Experteneinschätzungen aus und kontrastiert diese.

2. Democratic *Peacebuilding*: Entstehung und Entwicklung

Das folgende Kapitel soll in die für die Analyse von *democratic peacebuilding* zentralen Begriffe einführen und die Konzepte des *peacebuilding* und der Demokratisierung vorstellen. Denn nur unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen, unter denen *democratic peacebuilding* entstanden ist, können die Bedeutung und der Beitrag des Konzeptes zur Friedenskonsolidierung zufriedenstellend beurteilt werden. Da die vorliegende Arbeit eine Fallstudie aus dem westlichen Afrika darstellt, sollen bereits in diesem theoretischen Teil die spezifischen Erfahrungen mit Maßnahmen in Afrika und konzeptionelle Erwägungen hinsichtlich eventueller „afrikanischer Besonderheiten“ Berücksichtigung finden.

2.1 Nach dem Jubiläum der Agenda für den Frieden: Bilanzen der *Peacebuilding*- Dekade

2.1.1 Das *Peacebuilding*-Konzept

Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit dem alarmierenden Anstieg der Zahl innerstaatlicher Konflikte in verschiedenen Teilen der Welt erlangte das Konzept des *peacebuilding* Prominenz. Zwar hat es Bemühungen, den Frieden in Nachkriegsgesellschaften zu konsolidieren, schon immer gegeben, doch die explizite Formulierung als eine Herausforderung für die entwicklungs- und friedenspolitische Agenda der internationalen Gemeinschaft lässt sich auf die Zeit nach dem Ende der Blockkonfrontation datieren (Ferdowsi und Matthies, 2003, S. 31-32). Mit der *Agenda for Peace* des damaligen UN-Generalsekretärs Boutros-Ghali wurde *peacebuilding*, definiert als

„*action to identify and support structures which tend to strengthen and solidify peace and avoid a relapse into conflict*“ (United Nations, 1992, Punkt 21), neben *peacekeeping* und *peacemaking* als Instrument zur Wahrung des Weltfriedens angeführt (Schneckener, 2005, S. 18). In der neuen Ära nach der Blockkonfrontation erschien es möglich, dass die internationale Gemeinschaft als dritte Partei bei der Lösung von bewaffneten Konflikten und der Bewältigung des Wiederaufbaus unabhängig von der Verfolgung nationaler Interessen behilflich sein könne. Diese Aufbruchstimmung kam insbesondere in den auf die *Agenda for Peace* in den 1990er Jahren folgenden Berichten der UN zum Ausdruck: Neben einem *Supplement* dieses Werkes waren dies die *Agenda for Development* und schließlich im Jahr 2000 der *Report of the Panel on United Nations Peace Operations*, der sog. Brahimi-Report. In der Praxis ließen sich militärische und zivile Elemente der zahlreichen UN-*peacekeeping*- bzw. *peacebuilding*-Operationen kaum voneinander trennen, und das Verständnis der UN von einem linearen Übergang vom Krieg zum Frieden wandelte sich zu einem integrativen Ansatz, welcher Krisenprävention, Konfliktmanagement und *peacebuilding* vereinte.² In der Folge wurden die Begriffe *peacekeeping* und *peacebuilding* synonym verwendet, was durchaus dem Wandel des Einsatzspektrums hin zu komplexen und multidimensionalen Missionen entsprach (Tschirgi, 2004, S. 2-4). Winrich Kühne verdeutlicht dies mit der Kontrastierung der verschiedenen Generationen der UN Friedensmissionen: Die erste Generation der Blauhelme überwachte v.a. Waffenstillstände, die zweite Generation übernahm darüber hinaus die Aufgabe, Konflikte auch zu beenden, während die

² Für eine umfangreiche Darstellung und Analyse der UN-Friedensoperationen in Afrika vgl. Debiel (2003).

dritte Generation durch die Übertragung robuster Mandate gem. Kapitel VII der UN Charta durch den Sicherheitsrat der UN auch den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung des Mandats und der Schaffung eines sicheren Umfeldes nicht ausschloss. Der Autor erkennt die Herausbildung einer vierten Generation von Friedensmissionen in der Übernahme exekutiver Aufgaben durch die UN, was die Zunahme an Komplexität der UN Missionen unterstreicht (2005, S. 5-8).

Auch auf der normativen Ebene gab es Bemühungen, die dringendsten Probleme der neuen Weltordnung möglichst umfassend zu gestalten. Eine Serie von UN-Konferenzen gipfelte in der Millenniums-Erklärung, welche durch die neue *Human Security*-Agenda und die *Responsibility to Protect* komplementiert wurde. Bemühungen im Bereich der Friedenskonsolidierung bzw. des *peacebuilding* und Maßnahmen zur Konfliktprävention wurden zunehmend als zwei Seiten derselben Medaille wahrgenommen. Zugleich bildete sich ein Standardrepertoire an Instrumenten heraus, welche in jeweils spezifischen Kontexten angewandt werden. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen im Bereich Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kombattanten (DD&R), die Reform des Sicherheitssektors (SSR), die Durchführung von Wahlen sowie die Stärkung von Menschen- und Bürgerrechten und der Rechtsstaatlichkeit (Tschirgi, 2004, S. 4-5).

2.1.2 Strategien und Herausforderungen

Die obigen Ausführungen lassen bereits erkennen, dass *peacebuilding* ein vielfältiges Aufgabenspektrum umfasst. In der Praxis wurde deutlich, dass externe Akteure je nach ihrer jeweiligen Lesart eines Konflikts und der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen unterschiedliche Prioritäten setzen. Ulrich Schneckener unterscheidet schematisch vier verschiedene Strategien, die im Folgenden kurz umrissen werden. Sie werden zumeist zeitgleich

verfolgt, konkurrieren dabei jedoch um knappe Ressourcen.³

Entwicklungspolitische Akteure folgten lange einer *„Liberalization First“*-Strategie, deren Fokus auf politischen und ökonomischen Freiheiten liegt. Unter der Prämisse des Theorems vom demokratischen Frieden, wonach Demokratien nach innen und außen friedfertiger seien als andere Herrschaftsformen, setzt diese Strategie vor allem auf Wahlen, Grundfreiheiten und *good governance* auf der einen und wirtschaftlichen Wiederaufbau, liberale Wirtschaftsreformen und Wachstumsförderung auf der anderen Seite. Während hier die Zielsetzung darin besteht, die (sozio-ökonomische) Lebenssituation der betroffenen Bevölkerung zu verbessern und so eine Rückkehr zum gewalttätigen Konflikt zu verhindern, wird mit der *„Security First“*-Strategie darauf abgezielt, zunächst ein sicheres Umfeld zu schaffen und das Gewaltmonopol des Staates wiederherzustellen. Entsprechend liegt der Fokus auf DD&R- und SSR-Programmen⁴ sowie auf der nachhaltigen Transformation von Kriegsökonomien. Demgegenüber konzentriert sich die Strategie des *„Institutionalization First“* weniger auf demokratische Standards als auf den Aufbau funktionsfähiger staatlicher Institutionen wie der öffentlichen Verwaltung, der Polizei und dem Sozial- und Rechtsstaat (vgl. insbesondere Paris (2004) Ansatz des *„Institutionalization before Liberalization“*). Dieser Institutionalisierung der friedlichen Konfliktbearbeitung von oben setzt die *„Civil Society First“*-Strategie den Aufbau einer gewaltfreien politischen Kultur von unten entgegen. Über die gezielte Förderung zivilgesellschaftlicher Kräfte und Organisationen sollen Beiträge zur Versöhnung, zur psycho-sozialen Bewältigung des Krieges sowie

³ Für eine sektorale Unterscheidung vgl. Barnett et al. (2007).

⁴ Für eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Aspekten von SSR vgl. Brzoska et al. (2005).

zur Veränderung gesellschaftlicher Normen erbracht werden (Schneckener, 2005, S. 22-26).

Nach dem Ablauf der ersten *peacebuilding*-Dekade zogen Praktiker und Wissenschaftler Lehren aus den vielfältigen Aktivitäten und zeigten Herausforderungen für die Zukunft des *peacebuilding* auf.⁵

Die Bilanz ist insgesamt sehr durchwachsen (Tschirgi, 2004, S. 10-12). Nachdem nahezu alle bedeutenden internationalen und regionalen Organisationen und Staaten sowie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) über ein *peacebuilding*-Programm verfügten, wurde *peacebuilding* zuletzt mit der Einsetzung der UN Peacebuilding Commission sowie deren Support Office und Fund auf höchster Ebene institutionalisiert. Eine Studie von Barnett et al. zeigt, dass die verschiedenen Akteure dabei zumeist ein Verständnis von Peacebuilding entwickelt haben, das sich mit ihrem bereits bestehenden Mandat, ihrer Weltsicht und ihren institutionellen Prioritäten vereinbaren lässt. Dementsprechend umfassen die Programme insgesamt eine große Bandbreite an Maßnahmen. Die tatsächlich eingesetzten Mittel entsprechen der Rhetorik jedoch in keiner Weise (2007, S. 36-37). So belaufen sich beispielsweise die Ausgaben des Post-Conflict Fund der Weltbank seit seiner Entstehung 1997 auf lediglich 66,7 Millionen US-Dollar und das USAID Office of Transition Initiatives erhielt im Jahr 2005 nur einen Anteil von 3,5 Prozent aus dem Gesamtbudget USAIDs (Barnett et al., 2007, S. 52-53). Zugleich ist diese Entwicklung ebenso wie die Bildung sog. „Integrierter Missionen“ eine Reaktion auf die bedingte Erfolgsrate bisheriger UN-Friedensoperationen. Ziel dieser Missionen ist es „to bring the UN’s resources and activities closer together and ensure that they are applied in a coherent way across the political, military, developmental and humanitarian sectors“ (Eide et al., 2007, S.

5). Wiederkehrende Dilemmata und Schwierigkeiten ergeben sich für alle beteiligten Akteure insbesondere im Hinblick auf die folgenden Bereiche: der Einfluss von *peacebuilding*-Aktivitäten auf lokale Machtverhältnisse und *rent-seeking* Mentalitäten, der Umgang mit Problemen wie *ownership*, „Störenfrieden“ und para-staatlichen Strukturen im Feld sowie die Sicherung politischer Aufmerksamkeit, kontinuierlicher Planungskapazitäten und der Ressourcenerbereitstellung, die Steigerung von Legitimität und Koordination und Kohärenz in den Hauptstädten und Hauptquartieren (Schneckener, 2005, S. 31-36).

Die hier skizzierten Herausforderungen für *peacebuilding* im Allgemeinen werden im Zusammenhang mit spezifischen Maßnahmen umso deutlicher. Hierauf wird in den Punkten 3.3 und 4 noch einzugehen sein. Zunächst sollen die Abschnitte 2.2.1 und 2.2.2 die charakteristischen Merkmale von Demokratisierungshilfe in Nachkriegsgesellschaften als besondere Form des *peacebuilding* aufzeigen und den Stand der Debatte vorstellen.

2.2 Internationale Demokratisierungsbemühungen auf dem Prüfstand

Analog zu Punkt 2.1 werden im Folgenden zunächst Begriffsbestimmungen vorgenommen und wird anschließend auf die Entwicklung und wesentliche Charakteristika von Demokratisierungsbemühungen eingegangen.

2.2.1 Kernpunkte von Demokratisierungsbemühungen

Das in der komparativen Demokratieforschung dominierende, an Robert Dahls Konzept der Polyarchie angelehnte, minimalistische Verständnis von Demokratie orientiert sich an drei prozeduralen Merkmalen, die ein demokratisches System auszeichnen: Neben dem politischen

⁵ Vgl. z.B. die Beiträge in Ferdowsi / Matthies (2003), Paris (2004), Bendaña (2003) und Doyle (2007).

Wettbewerb zwischen Parteien und Individuen sind dies die politische Partizipation breiter Bevölkerungsteile, „die Einhaltung rechtl[icher] Standards wie die Kontrolle der Politik durch eine unabh[ängige] Justiz und die Anerkennung unveräußerlicher Menschen- und Bürgerrechte“ (Nord, 2002, S. 33; vgl. auch Schaal, 2002). Demgegenüber stellt die normative Demokratieauffassung die Demokratie als eine Gesellschaftsform dar, die auf eine Ausweitung der Demokratisierung und der Partizipation auch auf soziale und wirtschaftliche Bereiche abzielt und damit eine gewisse Nähe zu einem erweiterten Entwicklungsbegriff erkennen lässt (Nord, 2002, S. 33-36). Über Partizipation, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit hinaus betont diese Konzeption die Qualität der Regierungsführung i.S.v. *good governance*: die Kapazitäten und das effektive Eintreten staatlicher Institutionen für das Gemeinwohl, Transparenz, Verantwortlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Konfliktlösungsmechanismen (Partizipation, Dialog, Inklusion etc.) sowie eine entsprechende politische Kultur der verantwortlichen Bürgerschaft (Diamond, 2005, S. 2-5).⁶ Demokratisierung lässt sich mit den Worten Krishna Kumars definieren als:

the process through which countries develop institutions, behaviour patterns, and a political culture that contain the exercise of power within the limits established by representative institutions and the rule of law (1998b, S. 215).

Wie *peacebuilding* wurde auch die Demokratisierung zunehmend als eine sehr umfassende Aufgabe verstanden. Der Begriff des „*democratic peacebuilding*“ ist Ausdruck der Praxis, auf der Basis des Konzepts vom demokratischen Frieden die Förderung von Demokratie und Frieden als eine Einheit zu begreifen. In Nachkriegsgesellschaften wird dabei der „Rückfall“ in kriegerische Auseinandersetzungen als einzig mögliche politische Alternativoption zur Demokratisierung verstanden (Burnell, 2006, S. 1-2, Ohlson und Söderberg, 2002, S. 2): „*in post-conflict situations [...] the tasks of democracy building and of peace implementation are inseparable.*“ (Diamond, 2006, S. 96).⁷ Anders als bei der *peacebuilding*-Strategie der „*Liberalization First*“ sind die wirtschaftliche Liberalisierung eines Landes und die Einleitung liberaler Wirtschaftsreformen für *democratic peacebuilding* zunächst nachrangig.

Im weitesten Sinne lassen sich all jene Maßnahmen der Entwicklungspolitik als Demokratisierungshilfe verstehen, welche die der Demokratie (vermeintlich) förderlichen Bedingungen verändern, wie z.B. Armutsbekämpfung, menschliche Entwicklung, Bildung, *good governance* oder die Entwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen (Burnell, 2000b, S. 11). Doch nicht nur über direkte Entwicklungshilfe, sondern auch über wirtschaftliche Beziehungen, etwa über Sanktionen, oder über die Zivilgesellschaft und in jüngerer Zeit mit dem Mittel bewaffneter Interventionen wird der Versuch unternommen, Demokratie zu fördern.

⁶ Die Unterscheidung zwischen minimalistischer bzw. prozeduraler und normativer Demokratieauffassung wird in der hier diskutierten Literatur nicht immer eindeutig vorgenommen. Neben zahlreichen Typologisierung finden sich mitunter auch identische Begrifflichkeiten für unterschiedliche Phänomene. Larry Diamond z.B. verweist auf eine liberale Demokratie als „*high-quality democracy*“ (2005, S. 2), während andere „einen komplexen, hoch aufgeladenen Demokratiebegriff [...] vom ‚substanzlosen‘, prozeduralen der westlichen liberalen Demokratie“ bzw. eine „soziale oder partizipative“ von einer „liberale[n], elitäre[n] Demokratie“ unterscheiden (Erdmann, 2001, S. 38). Eine Aufarbeitung der den vorgestellten Analysen jeweils zugrundeliegenden Demokratieverständnisse kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Bzgl. der von der Autorin für die eigene Analyse verwendeten Auffassung vgl. Punkt 2.2.3.

⁷ Für eine Auseinandersetzung mit den durchaus existierenden Zielkonflikten von Friedenskonsolidierung und Demokratisierung vgl. Punkt 2.2.2.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Bedingungen in verschiedenen Ländern gibt es keine einheitliche Strategie, die schablonenartig übertragbar wäre (Burnell, 2004). Eine Definition von Maßnahmen der Demokratisierungshilfe ist demzufolge schwierig. In der wissenschaftlichen Literatur finden sich jedoch häufig übereinstimmende Verweise auf Strategien und Konzepte, die zur Demokratisierung beitragen sollen. Allen voran steht dabei die Abhaltung von Wahlen, die insbesondere in Nachkriegsgesellschaften ein Instrument darstellt, mit dessen Hilfe die Nachkriegsordnung angestoßen, demokratische Politikprozesse stimuliert sowie eine Regierung gebildet und legitimiert werden sollen (Reilly, 2004, S. 2). Krishna Kumar sieht in Nachkriegswahlen zudem einen Weg, die Versöhnung voranzubringen, indem sie dazu beitragen, eine Art der gewaltfreien Konfliktlösung zu institutionalisieren (1998c, S. 7). Ebenso wird auf die Notwendigkeit von *ownership*, SSR, Rechtsstaatlichkeit, Versöhnung, einer aktiven Zivilgesellschaft, der Durchsetzung von Menschenrechten sowie Dezentralisierung und Korruptionsbekämpfung verwiesen (Ohlson und

Söderberg, 2002, S. 27-32; Burnell, 2000c, S. 57-58; Kumar und Ottaway, 1998, S. 233). In der vorliegenden Literatur mangelt es an eindeutigen Kategorien ebenso wie an klaren Definitionen von Demokratisierungshilfe. Um den verschiedenen Aspekten gerecht zu werden, muss die Definition hinreichend breit ausfallen und soll entsprechend der vom Clingendael Democratic Transition Project entwickelten Formel übernommen werden, da diese unterschiedliche Ebenen erfasst: „‘Democracy assistance’ refers to the nonprofit transfer of funds, expertise and material to foster domestic groups, initiatives and institutions that are working for a more democratic society.“ (Kumar und de Zeeuw, 2006, S. 20, Endnote 3). Jeroen de Zeeuw benennt die Ziele von Demokratisierungshilfe: „[...] try to build organizational capacity, achieve more political participation and foster governance on the basis of the rule of law“ (2005, S. 483) und teilt die Hauptbereiche internationaler Demokratisierungshilfe im engeren Sinne in die drei Kategorien Wahlen, Menschenrechte und Medien ein (s. Abbildung 1).

Abbildung 1: Bereiche von Demokratisierungshilfe

Elections	Human Rights Assistance	Media Assistance
<ul style="list-style-type: none"> • Constitution and legal reforms • Establishment of election administration (incl. national election commission) • Training of election staff • Political party assistance • International election monitoring • Civil society aid (e.g. voter education) 	<ul style="list-style-type: none"> • Human Rights observation • Support for war crimes tribunals and truth commissions • Legal reforms and human rights commissions • Strengthening law enforcement agencies • Assistance for non-governmental human rights associations 	<ul style="list-style-type: none"> • Media and elections • Legal and regulatory reforms • Creation of “alternative” media • Conflict resolution programming • Training of media professionals • Support to media NGOs and other relevant organizations

Quelle: de Zeeuw, 2005, S. 484.

Aus Abbildung 1 wird deutlich, dass die internationale Gemeinschaft Unterstützung in Form von juristischer Beratung, materieller und finanzieller Hilfe, personellen Beiträgen sowie fachlicher Beratung und Ausbildung zur Verfügung stellt. Hinsichtlich der verschiedenen *peacebuilding*-Strategien lassen die Demokratisierungsbemühungen in Abbildung 1 einen Schwerpunkt auf politische Liberalisierung (v.a. durch Wahlen und Reformen) und die Förderung der Zivilgesellschaft erkennen.⁸

Eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung von Demokratisierungshilfe deutet darauf hin, wie dieser Fokus in der Praxis entstanden ist. Denn während die spezifischen Herausforderungen von Demokratisierungshilfe in Nachbürgerkriegsgesellschaften und in sog. gescheiterten Staaten noch ein relativ junges Forschungsfeld sind, existiert bereits eine umfangreiche wissenschaftliche Literatur zu Demokratisierungsprozessen, -erfolgen und -misserfolgen im Kontext von Transitionsbemühungen in autoritär geführten Staaten. Zu Beginn der 1990er Jahre ließ sich auch in Afrika wie in anderen Teilen der Welt die sog. „dritte Welle der Demokratisierung“ (Huntington, 1991) beobachten. Nach der kolonialen Unabhängigkeit erlebten viele afrikanische Staaten nun eine „zweite Befreiung“ von diktatorischen Regimes (Tetzlaff und Jakobeit 2005, S. 155).

Zugleich eröffnete das Ende des Kalten Krieges für die mitunter bereits seit den 1960er Jahren praktizierte Demokratisierungshilfe neue Möglichkeiten. Sie erwies sich als ein kostengünstiger Weg, das Image der von Kürzungen bedrohten Entwicklungshilfeetats zu verbessern, sollte der großen Nachfrage

der Bevölkerungen nach demokratischer Öffnung gerecht werden und stellte zugleich eine Antwort auf die neoliberale Kritik an Entwicklungshilfe dar (Burnell, 2000c, S. 39-43). Darüber hinaus wird Demokratisierungshilfe heute von dem Glauben an die inhärente Friedfertigkeit von Demokratien geleitet. Zwar ist umstritten, ob und inwieweit die Hypothese des demokratischen Friedens auch auf junge, im Transformationsprozess befindliche Demokratien zutrifft, jedoch werden Demokratien häufig ein besserer Minderheitenschutz und eine stärkere Konfliktlösungskompetenz zugesprochen als autokratischen Systemen (Kumar und de Zeeuw, 2006, S. 5-7).⁹ Neben der durch demokratisches Sendungsbewusstsein motivierten Förderung von Demokratisierung spielen auch strategische Erwägungen eine wichtige Rolle. Dies trifft nicht zuletzt in der Terrorismusbekämpfung zu, doch wurde Demokratisierungshilfe bereits vor dem 11. September 2001 als Möglichkeit gesehen, bestimmte (unpopuläre) Allianzen in der Außenpolitik aufrechtzuerhalten oder wirtschaftliche Interessen zu verfolgen (Burnell, 2000c, S. 45-48; vgl. auch Buxton, 2007).

Die konzeptionelle Vergrößerung der Schnittmenge von Demokratisierung, Entwicklung und *peacebuilding* lässt sich auf einen kognitiven Richtungswechsel gegen Ende der 1980er Jahre zurückführen. Als die ausbleibende Entwicklung in vielen Teilen der sog. Dritten Welt als *governance*-Problem identifiziert wurde und damit die Auswirkungen politischer Faktoren auf den wirtschaftlichen Fortschritt zunehmend Beachtung fanden, veränderte sich die Reflexion über die Zusammenhänge von wirtschaftlicher und politischer Entwicklung. Die bereits zuvor umstrittene These Seymour M.

⁸ Vgl. de Zeeuw (2005) für eine nähere Auseinandersetzung mit den Erwartungen, welche an die Förderung der einzelnen in Abbildung 1 aufgeführten Bereiche geknüpft werden. Bezüglich der Rolle der Zivilgesellschaft und ihrer Unterstützung vgl. Gyimah-Boadi (2004b) und Hearn und Robinson (2000).

⁹ Bezüglich der dem demokratischen Frieden (und Unfrieden) zugrundeliegenden Mechanismen und der Kontroversen um die auftretende Unfriedlichkeit von Demokratien vgl. insbesondere Geis (2001) und Müller (2002).

Lipsets, „[t]he more well-to-do a nation, the greater the chance that it will sustain democracy“ (1960, S. 48-50), büßte daher unter der Macht des neoliberalen Paradigmas weiter an Einfluss ein. Die fortan praktizierte Konditionalität von Entwicklungshilfe durch die Bretton Woods Institutionen setzte demokratische Prinzipien durch den neuen Fokus auf *good governance* prominent auf die entwicklungspolitische Agenda (Burnell, 2000c, S. 40-41; Tetzlaff, 1996). Als es in den Folgejahren in vielen armen Staaten zu einer Welle von Demokratisierungsbewegungen kam, schien die Lipset-These widerlegt (Tetzlaff und Jakobeit, 2005, S. 153). Nachfolgend soll daher mit Bezug auf den afrikanischen Kontext erläutert werden, welche Schlussfolgerungen aus den Stärken und Schwächen bisheriger Demokratisierungsbemühungen gezogen wurden.

2.2.2 Lessons Learned

Die als dritte Welle der Demokratisierung bezeichneten Reformprozesse im Afrika der 1990er Jahre haben sich in vielen Fällen als temporäre Entwicklungen erwiesen, an deren Endpunkt nicht die Konsolidierung stabiler demokratischer Regierungssysteme im oben angeführten Sinne stand. Vielmehr erwiesen sich Neopatrimonialismus und Patronagesysteme sowie ihre Begleiterscheinungen Korruption und *rent-seeking* in vielen Fällen als tief verwurzelte Charakteristika afrikanischer Politik.¹⁰ Dennoch erkennen

einige Analysten in expliziter Abgrenzung zum sog. Afro-Pessimismus „a modest but appreciable degree of improvements in the quality of governance in many African countries.“ (Gyimah-Boadi, 2004c, S. 6-7 und S. 22; vgl. auch Erdmann, 2001). Die Wahlen der 1990er Jahre werden als „Wahlen für die Demokratie“ verstanden, in denen die Bevölkerungen trotz widriger Umstände ihrem Wunsch nach demokratischem Aufbruch Geltung verschafft haben (Szeftel, 1999: 18; Daniel und Southall, 1999). Obgleich davor gewarnt wird, vorschnell kausale Beziehungen zwischen einigen wenigen Faktoren oder Variablen und Demokratisierungserfolgen (oder -misserfolgen) zu ziehen, gilt die These als relativ gesichert, dass die Demokratisierung der 1990er Jahre eine weitgehend *endogene* Entwicklung darstellte (Tetzlaff und Jakobeit, 2005, S. 178; 196).

Matthias Basedau identifizierte in einer vergleichenden Studie fünf notwendige Bedingungen für eine erfolgreiche, dauerhafte Demokratisierung: ein Mindestmaß an Staatlichkeit, ein Mindestmaß an Integrität der Eliten, ein geringes gesellschaftliches, nicht ethnisch motiviertes Gewaltniveau, ein Minimum an demokratischer politischer Kultur sowie die Abwesenheit von Einflüssen einer der Demokratie ablehnend gegenüberstehenden auswärtigen Macht. Ein hoher Entwicklungsgrad wird dementsprechend als hilfreich, jedoch nicht mehr als *conditio sine qua non* für Demokratie angeführt (2003, S. 442-444). Wie hoch diese Hürden insbesondere für Nachkriegsgesellschaften sind, lässt sich u.a. daran erkennen,

¹⁰ Erdmann und Engel kommen in einer fundierten Auseinandersetzung mit der Entwicklung dieser Begriffe zu folgender Definition von Neopatrimonialismus: „Neopatrimonialism is a mix of two types of political domination. It is a conjunction of patrimonial and legal-rational bureaucratic domination. The exercise of power in neopatrimonial regimes is erratic and incalculable [...]. Public norms under neopatrimonialism are formal and rational, but their social practice is often personal and informal.“ (2006, S. 31). Die Konzepte des

politischen Klientelismus und der Patronage bezeichnen beide den politisch motivierten Austausch bestimmter „Dienstleistungen“, wobei Patronage als politisch bedeutender angesehen wird. Es bringt die Austauschbeziehungen eines „Patrons“ gegenüber einer Gruppe zum Ausdruck, die zwar weniger redistributiven als symbolischen Charakter haben und durch Unsicherheit geprägt sind, jedoch als wichtiges Instrument in der Herstellung politischer Kohäsion gelten (Erdmann und Engel, 2006, S. 20-21).

dass im Zusammenhang mit vielen gewalttätigen Konflikten heute Staatsversagen oder Staatszerfall diagnostiziert werden (vgl. z.B. Rotberg, 2004). Entsprechend schwierig gestaltet sich *democratic peacebuilding*, wenn zunächst keine oder allenfalls eine stark zerstörte institutionelle Infrastruktur zur Verfügung steht.

Der Aufbau demokratischer Strukturen und Prozesse wird zudem dadurch erschwert, dass viele Länder jeglicher Erfahrungen mit Demokratie entbehren, zumal selbst formale Demokratien in der Vergangenheit *de facto* nur eine sehr schwache Justiz und manipulierte Wahlen vorzuweisen hatten. Hinzu kommen soziale Brüche und nicht zuletzt die kriegsbedingt sehr angespannte Sicherheitslage, die unter den Bedingungen unvollständiger Entwaffnungsprozesse und weitverbreiteter Gesetzlosigkeit als eines der größten Hindernisse angesehen wird (Kumar und de Zeeuw, 2006, S. 7-9; vgl. auch Diamond, 2006, S. 96-97).

Eine der Lehren aus bisherigen Demokratisierungsbemühungen ist demgemäß die Mahnung, Wahlen nicht zu früh nach der Beendigung eines Krieges abzuhalten. Der Zeitpunkt der Wahlen ist bedeutend, da zwischen nationalen Akteuren zunächst ein Konsens über die demokratischen Spielregeln erzielt werden muss, ohne den das Ergebnis schnell angezweifelt und mitunter mit Gewalt beantwortet werden kann. Dies erklärt auch, warum darauf verwiesen wird, den Entwaffnungsprozess ehemaliger Kombattanten vorab abzuschließen. Auch die Herausbildung, Neuformierung bzw. Umwandlung bewaffneter Gruppen in politische Parteien beansprucht Zeit (Reilly, 2004, S. 9-11; Ohlson und Söderberg 2002, S. 28; Kumar und Ottaway 1998, S. 234-235). Ein Dilemma besteht allerdings darin, dass mit zunehmender zeitlicher Entfernung zum Friedensschluss zwar die obigen Entwicklungen ermöglicht werden können und auch Flüchtlingen mehr Zeit eingeräumt

wird, vor den Wahlen zurückzukehren, dass dies jedoch auch bedeuten kann, dass der Friedensprozess an Dynamik einbüßt (Gallagher und Schowengerdt, 1998, S. 204).

Weitere Zielkonflikte oder Spannungen haben sich für Demokratisierungsbemühungen in Nachkriegsgesellschaften nicht nur im Hinblick auf zeitliche Aspekte ergeben. So kann die Notwendigkeit der Sicherung der öffentlichen Ordnung, beispielsweise durch eine Stärkung der Sicherheitsorgane, mit der Etablierung ziviler Kontrollmechanismen kollidieren. Zudem erscheint es bisweilen als problematisch, dass ausgerechnet eine nicht demokratisch legitimierte (evtl. internationale) Übergangsverwaltung bzw. -regierung eine demokratische Regierungsform errichten soll. Wie stark die internationale Gemeinschaft dabei in Erscheinung tritt („*light*“ oder „*heavy footprint*“), hängt ebenso wie der Umfang an Ressourcen, die dem für die postkonfliktive Demokratisierung so wichtig erachteten DD&R-Prozess gewidmet werden, vom jeweiligen lokalen Kontext und der Bedeutung ab, welche dem Konflikt seitens der internationalen Gemeinschaft zugemessen wird (Diamond, 2006, S. 97-101; 114).

Rückblickend war es oft die personelle, finanzielle und materielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für die Durchführung von Wahlen, die diese erst ermöglicht und ihnen durch die Beobachtung der Abstimmung zusätzliche internationale Glaubwürdigkeit gewährt hat (Kumar und Ottaway, 1998, S. 229). Um den Friedensprozess nicht zu gefährden, wurde bei der Abwägung (vermeintlicher) Zielkonflikte jedoch häufig der Stabilisierung ein größerer Stellenwert eingeräumt als der Demokratisierung. Kurzfristig wirksame Maßnahmen, wie z.B. Workshops, waren unter den Demokratisierungsmaßnahmen verbreiteter als die Initiierung langfristig wirksamer tiefgreifender Reformprozesse. Im zivilgesellschaftlichen Bereich führte dies häufig

zunächst zu einer Verbreitung von NGOs, wobei deren interne Organisationsstruktur und finanzielle Tragfähigkeit jedoch vernachlässigt wurden (de Zeeuw, 2005, S. 499-501). Während externe Demokratisierungsbemühungen also in quantitativer Hinsicht, beispielsweise im Aufbau einzelner Medien oder der Rekrutierung von Polizisten viel erreichen konnten, blieben qualitative Veränderungen im Bereich der rechtlichen Rahmenbedingungen dahinter zurück. Dies schränkte die Reichweite und Bewegungsfreiheit der geförderten Medien, NGOs und die Erfolge der Polizei ein (de Zeeuw, 2005, S. 484-498). Die Ursachen für diese Schwächen werden hauptsächlich einem Mangel an Engagement sowohl bezüglich seines Ausmaßes als auch seiner Dauer, fehlendem Verständnis für Demokratisierungsprozesse, insbesondere die Unterschätzung tief verwurzelter Interessenlagen in neopatrimonialen Gesellschaften, und konkurrierenden Interessen (u.a. wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Natur) seitens der Geber angelastet (Brown, 2005, S. 186-188). Dies spiegelt sich in relativ geringen finanziellen Beiträgen, der Kurzfristigkeit und der mangelnden Koordination der Beiträge verschiedener Akteure der internationalen Gemeinschaft wider (Buxton, 2007, S. 713).

Auch hinsichtlich der Evaluation bisheriger Bemühungen wurden Lehren aus der Vergangenheit gezogen: Anstelle einer geradlinigen Abfolge des Demokratisierungsprozesses von der Phase der Transition bis hin zur Konsolidierung ließen sich Fort- oder Rückschritte unterschiedlicher Qualität in verschiedenen Bereichen (z.B. Verfassung, Institutionen, Einstellungen, Verhalten) und auf verschiedenen Ebenen (Regierung, NGOs, zentrale, regionale und lokale Ebene, eliten- und massenbasiert) feststellen. Die Beurteilung von Erfolgen gestaltet sich dementsprechend schwierig, zumal diese hinsichtlich der unterschiedlichen Bereiche und Ebenen abweichen können und der Gesamteindruck ein positiver sein

kann, ohne dass mit Gewissheit Aussagen über die zukünftige Entwicklung möglich sind (Burnell, 2000b, S. 24). Ferner scheint Demokratieförderung dort am besten zu funktionieren, wo die Entwicklung bereits in die gewünschte Richtung verläuft. Die Entfaltung demokratischer Prozesse hängt nach der Ansicht Peter Burnells in nicht unerheblichem Maße von der historischen Ausgangsposition eines Landes ab - von den Erfahrungen mit Demokratie ebenso wie von den Ursachen des Krieges und damit von internen Determinanten. Der Autor zieht daraus den Schluss, die internationale Gemeinschaft solle sich weniger auf den Versuch fokussieren, „to reproduce specific (democratic) institutional models - that might be ethnocentric - and reflect further about the routes by which genuine democratic advance might be achieved.“ (Burnell, 2006, S. 20).¹¹ Nichtsdestoweniger sind eben diese Wege, über die demokratischer Fortschritt erreichbar scheint - und die daraus abgeleiteten Empfehlungen für Demokratisierungshilfe - äußerst umstritten.

Besonders skeptische Kritiker des unvoreingenommenen Enthusiasmus, welcher zu bedingungslosen und teilweise unreflektierten Demokratisierungsbemühungen geführt hat, befürworten eine sequentielle Förderung von Demokratie. Nach dieser Argumentation könnten und würden autokratische Herrscher (im Gegensatz zu demokratischen) Rechtsstaatlichkeit und *statebuilding* vorantreiben. Thomas Carothers kritisiert diesen sog. „*democratic pessimism*“ scharf: „*The core point is that rule-of-law development and autocracy (liberal or otherwise) go poorly together.*“ (Carothers, 2007, S. 16). Während der Autor die Kritik beispielsweise an der verfrühten Durchführung von Wahlen teilt, befürwortet er eine graduelle Vorgehens-

¹¹ Auf eine technische Diskussion der spezifischen Vor- und Nachteile verschiedener Wahlsysteme soll daher hier verzichtet werden, zumal über die Angemessenheit einzelner Systeme für Nachkriegsgesellschaften ohnehin kein Konsens besteht (Reilly, 2004, S. 12-16).

weise. Dieser Ansatz der kleinen Schritte versteht Demokratisierung, *statebuilding* und die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit als sich (weitgehend) gegenseitig verstärkende Prozesse, z.B. bezüglich der Herausbildung von öffentlicher Rechenschaftspflicht und der Überprüfung von Politik durch die Öffnung der Medienlandschaft (Carothers, 2007). Eine solche Betonung der Schnittstellen verschiedener Herausforderungen in Nachkriegsgesellschaften - und damit auch der von Schneckener identifizierten Strategien des *peacebuilding* - wird an anderer Stelle durch die Mahnung ergänzt, dass Demokratisierung nicht automatisch zu einer Korrektur staatlicher Schwäche führe. Institutionalisation und Demokratisierung seien daher nicht völlig voneinander zu trennen. „Where society has no confidence in the state’s capabilities, the case for being free to choose between candidates for elected office looks less compelling.“ (Burnell, 2004, S. 109). Die Entscheidung über die Schwerpunktsetzung von (Wieder-)Aufbaumaßnahmen sollte nach der Einschätzung Peter Burnells die ursprünglichen Faktoren für das Scheitern eines Staates berücksichtigen (Burnell, 2006, S. 7-8).

2.2.3 Analytischer Ausgangspunkt: *Democratic Peacebuilding* in Sierra Leone

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, dass *democratic peacebuilding* den Anspruch hat, mehr zu sein als eine rein technokratische Form der Hilfe und über die symbolische Abhaltung von Wahlen hinaus auf die Förderung unabhängiger Medien, zivilgesellschaftlicher Partizipation, rechtsstaatlicher Prinzipien und *capacity building* abzielt. Die Erfahrungen bisheriger Demokratisierungsbemühungen deuten darauf hin, dass im Gegensatz zur theoretische Diskussion um *sequentialism* und

gradualism die Praxis v.a. durch interessen- und prioritäten- und weniger durch theoriegeleitete Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft geprägt ist (Burnell, 2000c, S. 47).

Das westafrikanische Sierra Leone blieb von den Demokratisierungsprozessen der dritten Welle in den 1990er Jahren weitgehend ausgespart, da der Bürgerkrieg in diesem Land bereits 1991 begann. Das Land, welches häufig als beispielhafter Fall von Staatsversagen angeführt wird (Reno, 2003b), zählt zu den ärmsten Staaten der Welt (UNDP, 2006) und ist eines der Schwerpunktländer der 2005 gegründeten UN Peacebuilding Commission (United Nations, 2007b, S. 19). Mittlerweile wurden in Sierra Leone die zweiten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit der Beendigung des Krieges im Jahr 2002 durchgeführt. Die zweiten Wahlen in Nachkriegsgesellschaften gelten als ein entscheidender Moment der Friedenskonsolidierung und können als ein Maßstab für erreichte Fortschritte herangezogen werden (Miall, Ramsbotham und Woodhouse, 2003, S. 201).

Fünf Jahre nach der offiziellen Beendigung des Krieges stellt diese Publikation die Demokratisierungsbemühungen in Sierra Leone exemplarisch dar und geht als eine Zwischenbilanz der Frage nach, ob und inwieweit die Ziele der Partizipation, des *capacity building* und der Rechtsstaatlichkeit erreicht wurden.

Die besonderen Bedingungen und der aktuelle Zeitpunkt lassen eine Analyse der *lessons learned* des *democratic peacebuilding* in Sierra Leone relevant erscheinen. Die in den obigen Punkten dargelegten Aspekte, die praktischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit der Thematik dienen dabei als Leitlinien. Da der historische Kontext die politische Kultur und damit auch die Demokratisierungsprozesse eines Landes prägt (Burnell, 2006, S. 18), sollen zunächst kurz Charakteristiken

des politischen Systems und zentrale Ereignisse der jüngeren Geschichte Sierra Leones dargestellt werden. Der Schwerpunkt der Analyse wird jedoch darauf liegen, welche Demokratisierungsmaßnahmen in Sierra Leone durchgeführt wurden und inwieweit diese die oben dargestellten Dilemmata und Herausforderungen überwinden konnten.¹² Die o.g. Definition von Demokratisierungshilfe zielt auf die Herausbildung einer demokratischen Gesellschaft ab und geht daher über ein prozedurales Demokratieverständnis hinaus. Nicht nur die rein prozeduralen Elemente, sondern auch die Qualität der Demokratie in Sierra Leone i.S. einer normativen Demokratieauffassung sollen daher in der Analyse der Demokratisierungsbemühungen in Sierra Leone Berücksichtigung finden.

Aus den bisher angestellten Überlegungen ergibt sich zunächst folgende Prämisse als Leitlinie für die Analyse: Im spezifischen Kontext von Nachkriegsgesellschaften und unter den Bedingungen äußerst schwacher Staatlichkeit ist Demokratisierung auf die Durchführung von *peacebuilding*-Maßnahmen angewiesen, die auf die Förderung von Sicherheit, Institutionalisierung, politischer Liberalisierung und auf die Förderung der Zivilgesellschaft abzielen. Demokratische Friedenskonsolidierung ist daher eine Querschnittsaufgabe, wobei die in Abbildung 1 aufgeführten direkten Demokratisierungsbemühungen in den Bereichen Wahlen, Menschenrechte und Medien insbesondere Elemente der Strategien der Liberalisierung und der Zivilgesellschaftsförderung aufweisen. Hingegen nehmen die Institutionalisierung

(über die Einrichtung einer für Wahlen notwendigen Verwaltung hinaus) sowie die Sicherheitslage – zusammengefasst unter dem Punkt „*strengthening law enforcement agencies*“ – innerhalb der direkten Demokratisierungshilfe einen relativ geringen Stellenwert ein. Aus den in Punkt 2.2.2 angestellten Überlegungen geht jedoch hervor, dass die Stabilisierung der Sicherheitslage in Nachkriegsgesellschaften eine zentrale Herausforderung für Demokratisierungsbemühungen darstellt. Die Vernachlässigung des Sicherheitssektors in den Kernbereichen internationaler Demokratisierungshilfe erscheint daher als riskant. Folglich wird hier die These vertreten, dass der Erfolg von *democratic peacebuilding* maßgeblich von der Effizienz und dem Grad der Demokratisierung des Sicherheitssektors abhängt.

Die international weitgehend etablierte Definition des Sicherheitssektors vom *Development Assistance Committee* der OECD dient dabei als Bezugspunkt:

core security actors (e.g. armed forces, police, gendarmerie, border guards, customs and immigration, and intelligence and security services); security management and oversight bodies (e.g. ministries of defence and internal affairs, financial management bodies and public complaints commissions); justice and law enforcement institutions (e.g. the judiciary, prisons, prosecution services, traditional justice systems); and non-statutory security forces (e.g. private security companies, guerrilla armies and private militia) (OECD, 2007, S. 5).

In dieser These fließen Lehren aus bisherigen Demokratisierungsbemühungen und aus Maßnahmen zur Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften zusammen. Mit dem Begriff der „Demokratisierung des

¹² Auf eine detaillierte Auseinandersetzung mit der sierra leonischen Parteienlandschaft sowie der Bedeutung der Parteien und des Parteiensystems für die Demokratisierung muss aufgrund fehlender fundierter Analysen leider verzichtet werden. Stattdessen sei auf den Forschungsbedarf insbesondere im sierra leonischen Kontext verwiesen. Zum Stand dieses noch relativ jungen Forschungsfeldes vgl. Basedau, Erdmann und Mehler (2007).

Sicherheitssektors“ soll im Folgenden explizit ein Bezug zu den normativen Elementen von SSR hergestellt werden: Nicht nur die Effizienz des Sicherheitssektors soll gewährleistet werden, sondern auch dessen demokratische Kontrolle durch parlamentarische Kontrollgremien, eine unabhängige Justiz und eine kritische Öffentlichkeit (Hänggi, 2005).

Dies sollte daher nicht als Plädoyer für die Verfolgung einer ausschließlichen „*Security-First*“-Strategie missverstanden, sondern vielmehr als eine Betonung der Sicherheitskomponente *innerhalb* der Demokratisierungsagenda für Nachkriegsgesellschaften aufgefasst werden. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass Wahlen nur in einem sicheren Umfeld erfolgreich sein können. Ebenso lässt sich auch die angestrebte Rechtsstaatlichkeit nur verwirklichen, wenn die Justiz, ein wesentlicher Bestandteil des Sicherheitssektors, gestärkt und demokratisiert wird.

Folgerichtig erstreckt sich die Analyse auf die in Abbildung 1 genannten Bereiche von Demokratisierungshilfe sowie auf die internationale Unterstützung für den Sicherheitssektor in Sierra Leone. Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass das in Abbildung 1 dargestellte Analysegerüst eine sehr detaillierte Untersuchung erlauben würde, die hier nur in gewissen Grenzen vorgenommen werden kann. Die Analyse folgt daher einer Schwerpunktsetzung, die sich an den Prioritäten der internationalen Gemeinschaft für die demokratische Friedenskonsolidierung in Sierra Leone orientiert.

Da aufgrund des engen Zeitrahmens und fehlender Mittel auf eigene Feldforschung verzichtet werden musste, wird die Einschätzung der Situation in Sierra Leone auf der Grundlage einer Literaturlauswertung, d.h. unter Rückgriff auf Expertenmeinungen erfolgen. Um der Aktualität des Themas gerecht zu werden, werden zusätzlich Presseberichte hinzugezogen.

Angesichts der Evaluation nicht-quantifizierbarer Phänomene wie Demokratisierung, ziviler Kontrolle oder Partizipation ergibt sich jedoch ein Messproblem, welches nur über die Darstellung und Kontrastierung verschiedener Einschätzungen, auch von institutioneller Seite, wie z.B. einschlägiger Indices wie von Freedom House oder dem Bertelsmann Transformation Index (BTI), lösbar scheint.¹³

¹³ Vgl. hierzu Kumar, der sich auf Freedom House bezieht: „*Political and civil rights are undoubtedly a good barometer of democracy.*“ (1998b, S. 222).

3. Sierra Leone – vom ‚gescheiterten Staat‘ zur postkonfliktiven Demokratie

Ausgehend von dem in Kapitel 2 vorgestellten Analyserahmen soll im folgenden Kapitel zunächst in den historischen Kontext von Demokratie und Demokratisierungsprozessen in Sierra Leone eingeführt werden (Punkt 3.1). Daran schließt sich die Analyse der demokratischen Friedenskonsolidierung in Sierra Leone an (3.2).

3.1 Historischer Ausgangspunkt: Koloniales Erbe und Bürgerkrieg

Das politische System Sierra Leones ist geprägt von den bei der Unabhängigkeit von Großbritannien 1961 ererbten Strukturen der indirekten Herrschaft.¹⁴

Von Freetown aus hatte die Kolonialmacht traditionelle lokale Autoritäten, die sog. *paramount chiefs*, mit wirtschaftlichen Anreizen als Vertreter ihrer Interessen in den Provinzen gewinnen können. Durch diese Kooperation und die daraus entstehende gegenseitige Abhängigkeit von Kolonialadministration und *chiefs* erodierte die traditionelle Verantwortlichkeit der *chiefs* gegenüber ihren Gemeinschaften und führte zu wachsendem Unmut mit ihrer Amtsführung. Das Rechtssystem Sierra Leones geht in Teilen ebenfalls auf die Kolonialzeit zurück und ist zweigeteilt in britisches *common law* im Bereich staatlicher Institutionen und *customary law*, welches im ländlichen Raum vorherrscht und für den Großteil der Bevölkerung *de facto* das einzige Rechtssystem darstellt (Alterman et

al., 2002). Spätestens seit der Errichtung einer Siedlung durch die Briten im Raum Freetown im Jahr 1808 charakterisiert eine Spaltung zwischen der Hauptstadt und den übrigen Landesteilen die politische Ökonomie Sierra Leones (Zack-Williams, 1999; Richards, 2002). Auch nach der Unabhängigkeit wurden Ressourcen und Macht zunehmend auf die Hauptstadt und einen kleinen elitären Kreis von Politikern und Unternehmern konzentriert. Politisierung, Patronage und Korruption führten in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zum Ausschluss breiter Bevölkerungsschichten und zur Schwächung staatlicher Institutionen (Klay Kieh, 2005; Kandeh, 1999).¹⁵

Die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen war durch politisch motivierte, z.T. massive Gewalt (mit der Folge von Massenvertreibungen und Toten) und der Opposition zweier Parteien gekennzeichnet. Die Sierra Leone People's Party (SLPP) kam nach der Unabhängigkeit an die Macht und wurde 1967 bzw. nach einem Interregnum des Militärs 1968 vom All People's Congress (APC) abgelöst, unter dessen autoritärer Herrschaft 1977 eine Einparteienverfassung verabschiedet wurde. Beide Parteien wurden in der Folge gezielter Instrumentalisierung durch die Politik als Vertreter des Nordens (APC) bzw. des Südens und Ostens (SLPP) wahrgenommen (Alie, 2000; Sesay, 2005).

Interne und externe Faktoren, wie die Veruntreuung von Geldern, der Schmuggel von Diamanten, die Ölkrise von 1973 und der Preisverfall von Kakao, trugen seit den 1970er Jahren zu einer sich verschärfenden

¹⁴ Für weitere Details zu den folgenden Darstellungen vgl. Keen (2005) und Hirsch (2001).

¹⁵ Die Bedeutung paralleler, informeller Netzwerke in Politik und Ökonomie, welche die Kapazitäten des sierra leonischen Staates zunehmend aushöhlten und von der regierenden Elite zur eigenen Bereicherung und Sicherung persönlicher Macht aktiv genutzt und ausgebaut wurden, wurden ausführlich von William Reno (1995) analysiert, der dafür den Begriff des „Schattenstaates“ prägte.

Wirtschaftskrise bei. In diesem Kontext formierte sich zunächst ziviler Widerstand, der seinen Niederschlag in Demonstrationen und Streiks fand. Zu Beginn der 1990er Jahre gab es auch in Sierra Leone erste Demokratisierungsbemühungen, die jedoch durch den Beginn des Bürgerkrieges im März 1991 und den Militärputsch des Folgejahres unterbrochen wurden (Zack-Williams, 1999).

Über die Ursachen des Bürgerkrieges wurden in den letzten Jahren äußerst kontroverse Debatten geführt, die insbesondere die Ursprünge und den Charakter der Rebellenbewegung *Revolutionary United Front* (RUF) und ihrer Mitglieder zum Gegenstand hatten. Dies wurde insbesondere von einer Gruppe sierra-leonischer Intellektueller diskutiert, die debattierten, inwieweit es sich bei den Mitgliedern der RUF um ein sog. „Lumpenproletariat“ handelte bzw., ob die Ursprünge nicht vielmehr in der Studentenbewegung der 1970er und 1980er Jahre liegen (Abdullah et al., 1997; Rashid, 1997; Abdullah, 1997; Abdullah und Muana 1998). Paul Richards (2002; 2005) vertrat hingegen die These einer Rebellion marginalisierter Jugendlicher aus ländlichen Gebieten. Die in der Konfliktforschung durch Paul Collier angestoßene Kontroverse um „*greed and grievance in civil wars*“ (Collier und Hoeffler, 1998) wurde im Falle Sierra Leones weitgehend im Sinne des *grievance*-Ansatzes beigelegt, welcher sozio-politische gegenüber ökonomisch-rationalen Faktoren betont (Keen, 2003; Reno, 2003a). Als relativ unumstrittene Faktoren für den Krieg gelten die bereits erwähnte Zentralisierung der Macht unter dem APC, dessen Zerschlagung der Opposition, die Vernachlässigung der ländlichen Gebiete Sierra Leones (Bangura, 1997, S. 135) sowie lokale Missstände und die Unzufriedenheit der „Jugend“¹⁶ mit fehlenden

Perspektiven (Richards, 2005) und die Kultur der Straflosigkeit. Olayinka Creighton-Randall von der sierra-leonischen NGO *Campaign for Good Governance* (CGG) bemerkt dazu:

Looking back on the origins of the bitter war in Sierra Leone, there is now general agreement that the origins of the violence can be traced back to issues of bad governance and gross abuse of human rights, mainly by the state against individuals. Citizens had no means or methods of redress and no access to the basic necessities that are often taken for granted by people in the developed world. (Creighton-Randall, 2006, S. 221).

Auch während des Krieges blieb Demokratisierung ein wiederkehrendes Thema der Bürgerkriegsakteure (vgl. beispielsweise RUF, 1995), doch verschiedene Friedensabkommen und Waffenstillstände scheiterten an andauernden Kampfhandlungen. Der elf-jährige Bürgerkrieg war geprägt durch das Versagen und die Kollaboration mit den Rebellen großer Teile der durch Patronage, Korruption und Vernachlässigung geschwächten Armee, den Einsatz privater Sicherheits- und Militärfirmen durch wechselnde Regierungen, eine große Intensität der Gewalt (z.B. Verstümmelungen) und die Entstehung ziviler Verteidigungskräfte (Keen, 2005). Diese sog. *Civil Defense Forces* (CDF) bildeten eine Ersatzarmee für die 1996 gewählte und international anerkannte Regierung von Präsident Kabbah, welche nach einem Putsch seit 1998 wieder im Amt war. Erst nach einer robusten Intervention durch die zum damaligen Zeitpunkt mit 17.500 Soldaten größte UN-Mission, einer internen Führungskrise der Rebellen und Sanktionen gegen deren Förderer und Präsidenten des Nachbarlandes Liberia, Charles Taylor, konnte der Bürgerkrieg schließlich Anfang 2002 beendet werden (Lezhnev, 2005).

¹⁶ Der Begriff der Jugend bezieht sich im sierra leonischen Kontext auf eine breite Bevölkerungsgruppe, was sich in der offiziellen

Definition von „*youth*“ als Personen in einem Alter zwischen 15 und 35 Jahren widerspiegelt (GoSL, 2003).

3.2 Democratic Peacebuilding in Sierra Leone - zwischen Sicherheitsbedürfnissen und demokratischer Erneuerung

Nach über einer Dekade bewaffneter Kämpfe befand sich Sierra Leone im Jahr der offiziellen Beendigung des Krieges 2002 in einer denkbar schwierigen Ausgangsposition für die postkonfliktive Friedenskonsolidierung. Nahezu zwei Drittel der Bevölkerung Sierra Leones waren während des Krieges zu Flüchtlingen oder Vertriebenen im eigenen Land geworden (Sesay und Hughes, 2005, S. 56), die Infrastruktur war weitgehend zerstört und der sierra-leonische Staat galt als gescheitert (ICG, 2004). Dennoch reichen einige Bemühungen um den Aufbau einer demokratischen Nachkriegsordnung bis in die zweite Hälfte der 1990er Jahre zurück. Nach den Wahlen von 1996 und der Bildung der Regierung von Präsident Kabbah, einem ehemaligen UN-Mitarbeiter, bildete letzterer ein enges Bündnis mit verschiedenen internationalen Gebern, allen voran der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien. Die britische Regierung engagierte sich insbesondere durch ihr Department for International Development (DFID) und auf die Anfrage der sierra-leonischen Regierung mit breit angelegten Reformprogrammen des Sicherheitssektors und lokaler Regierungsstrukturen (Thomson, 2007, S. 5-8).

Die folgende Darstellung von Demokratisierungsbemühungen folgt der in Abbildung 1 vorgenommenen Unterteilung in die Bereiche Wahlen, Menschenrechte und Medien. Zur Überprüfung der in Punkt 2.2.3 aufgestellten These ist es notwendig, zunächst auch auf internationale Maßnahmen im Bereich des Sicherheitssektors einzugehen. Um die spezifische Situation Sierra Leones möglichst gut zu erfassen, soll herausgearbeitet werden, welche Themen für das Land und die Gebergemeinschaft von besonderer Bedeutung waren und sind.

3.2.1. Entwaffnung von Kombattanten und Wiederaufbau von Armee und Polizei

Ein zentrales Element der Sicherheitssektoreform bestand in der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration der verschiedenen bewaffneten Gruppen (u.a. RUF, AFRC¹⁷, CDF). Nach der Rückkehr Präsident Kabbahs aus dem Exil 1998 wurde die erste Phase des Entwaffnungsprozesses eingeleitet, musste jedoch nach der Entwaffnung von knapp über 3.000 Kämpfern aufgrund der sich verschlechternden Sicherheitslage unterbrochen werden. Die zweite Phase zwischen Oktober 1999 und April 2000 war Teil des Friedensabkommens von Lomé und erzielte mit knapp 19.000 Entwaffnungen eine größere Reichweite. Diese Fortschritte wurden indes durch die Wiederbewaffnung vieler Kombattanten und erneute Kämpfe im Frühjahr 2000 zunichte gemacht. Die dritte Phase der Entwaffnung erreichte ca. 48.000 Teilnehmer von Mai 2001 bis Januar 2002 (Ginifer, 2006, S. 797; Thusi und Meek, 2003, S. 33-34). Präsident Kabbah (2002) nahm den Abschluss der Entwaffnungsphase im Januar 2002 zum Anlass, den Krieg offiziell für beendet zu erklären.

Zugleich war es ein gemeinsames Anliegen der gewählten Regierung Kabbah und der internationalen Gemeinschaft, die Armee grundlegend zu erneuern. Die historisch politisierte und schlecht ausgestattete Armee hatte im Krieg weitgehend versagt, unterbezahlte Soldaten beteiligten sich an Plünderungen der Zivilbevölkerung und es kam zu wiederholten, teilweise erfolgreichen Putschversuchen. Folglich wurde diese

¹⁷ Der *Armed Forces Revolutionary Council* (AFRC) wurde im Mai 1997 nach einem Putsch von Teilen der Armee gebildet, die unter der Führung Johnny Paul Koromas die RUF an der Macht beteiligten. Die Regierungszeit des AFRC war von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet (Riley, 1997; Zack-Williams, 1997).

zentrale staatliche Sicherheitsinstitution als gescheitert angesehen (Keen, 2005, S. 82-91 und S. 132-159). Noch vor der Beendigung des Krieges wurde im Jahr 2000 das für die Ausbildung der Soldaten zuständige *International Military Advisory and Training Team* (IMATT) nach Sierra Leone entsandt (Ebo, 2006, S. 487). Das Ziel dieser Bemühungen bestand zunächst darin, die Armee in die Lage zu versetzen, UNAMSIL beim Kampf gegen RUF und AFRC zu unterstützen und schließlich den Abzug der internationalen Truppen durch die Übernahme der Verantwortung gewährleisten zu können. Die Reform umfasste verschiedene Maßnahmen, wie die Zusammenstellung und Ausbildung neuer Einheiten, materielle Hilfen in Form von Ausrüstung, Transportmitteln und Unterkünften, die Einführung funktionsfähiger, transparenter Managementsysteme, eine Revision der Einstellungs- und Lebensbedingungen der Soldaten sowie militärische Beratung. Auch das Verteidigungsministerium wurde von einer kleinen administrativen Einheit zu einer Organisation unter zivil-militärischer Führung umgebaut (Thomson, 2007, S. 11). Die britische Regierung investierte allein zwischen 2000 und 2002 21 Millionen Pfund in den Umbau der Armee (Gbla, 2006, S. 84), was den Stellenwert dieses Reformprozesses deutlich macht.

Ähnlich wie die Armee galt auch die Polizei Sierras lange als korrupt, politisiert, ineffizient und schlecht ausgerüstet, so dass eine Reform überfällig war. Bereits 1998 lud die Regierung eine siebenköpfige *Commonwealth Police Development Task Force* ein, die bei der Erneuerung, Ausbildung und Rekrutierung einer neuen Polizei behilflich sein sollte. Die Anstrengungen setzten angesichts der Schwäche der Polizei bei grundlegenden Punkten, wie der Ausstattung mit Uniformen, Kommunikationsmitteln, Fahrzeugen und Gebäuden an, blieben in den letzten Kriegsjahren jedoch zunächst auf den Raum Freetown beschränkt. Analog zur Armee wurden auch hier interne und zivile

Prüfungsstellen geschaffen und darüber hinaus eine Reihe von Abteilungen gebildet, welche für Kriminalitätsprävention, die Beziehungen zur Gesellschaft, Korruption und schlechte Führung sowie sexuelle und häusliche Gewalt verantwortlich sind. Ziel dieser Strategie war die Verbesserung der Reputation der Polizei und die Schaffung eines auf Offenheit und Verantwortlichkeit basierenden Image (Thomson, 2007, S. 12-13; Gbla, 2006, S. 87). Während die einschlägige Literatur zur Sicherheitssektorreform in Sierra Leone die Reformen des Justizwesens ebenfalls behandelt, soll diese Darstellung in der vorliegenden Analyse im nächsten Punkt vorgenommen werden, da beides in den Bereich der Strafverfolgung und damit in die Kategorie Menschenrechte des hier verwendeten Analysegerüsts fällt.

3.2.2 Demokratisierungsbemühungen in den Bereichen Wahlen, Menschenrechte und Medien

Auch hinsichtlich der Demokratisierungshilfe für Sierra Leone nahm Großbritannien durch DFID unter den einzelstaatlichen Gebern eine Vorrangstellung ein, wie ein Blick auf die zur Verfügung gestellten Gelder verdeutlicht. Gegenüber den Ausgaben für die Sicherheit, insbesondere den bis 2005 angefallenen Kosten von über zwei Milliarden US-Dollar für UNAMSIL, war die Hilfe für Demokratisierungsprojekte jedoch relativ begrenzt. Der Anteil der von den USA zwischen 2000 und 2002 insgesamt bereitgestellten ca. 172 Millionen US-Dollar, welcher für die Bereiche Menschenrechte, Medien und Wahlen ausgegeben wurde, war mit lediglich 4,1 Millionen sehr gering. Demgegenüber stellte DFID 20,8 Millionen Pfund für Reformen in diesen Bereichen bereit, wovon jedoch 12,9 Millionen allein in die Neuordnung der Polizei flossen (Sesay und Hughes, 2005, S. 8). Der Gesamtumfang an Geldern lässt sich nur schwer bemessen, da der Zugang zu vielen Daten eingeschränkt ist und in Sierra Leone tätige Organisationen in der Herausgabe

einzelner Mittelabflüsse zurückhaltend sind. Zudem war ein gewisser Anteil an Hilfe materieller, logistischer und personeller Natur (Sesay und Hughes, 2005, S. 7, Fußnote 20 und S. 23, Fußnote 42).

Präsidenten- und Parlamentswahlen

Die zentrale Bedeutung internationaler Bemühungen für den Demokratisierungsprozess spiegelte sich auch in dem Anteil internationaler Finanzierung der Präsidenten- und Parlamentswahlen von 2002 wider, da die Gebergemeinschaft ca. 70 Prozent allein der finanziellen Kosten für die *National Electoral Commission* (NEC) trug (Sesay und Hughes, 2005, S. 23). Die Bildung der NEC, der die administrative Vorbereitung und Durchführung der Wahlen oblag (Kandeh, 2003, S. 194), war neben der auf das 1999 unterzeichnete Lomé-Abkommen zurückgehenden Umwandlung der RUF in eine Partei und der Entwaffnung ehemaliger Kombattanten ein Meilenstein in der Vorbereitungsphase dieser Wahlen. Neben internationalen Akteuren wie DFID, USAID, UNDP, der EU-Kommission und dem Commonwealth, die ihre Unterstützung z.T. über Organisationen wie das *National Democratic Institute* (NDI), die *Westminster Foundation for Democracy* (WFD) oder *Search for Common Ground* (SFCG) übermittelten, traten zahlreiche lokale Organisationen im Vorfeld der Wahlen in Erscheinung. Nicht nur die NEC, auch nichtstaatliche Gruppen wie das Bündnis *National Election Watch* (NEW), die 50/50 Group oder die CGG erhielten internationale Unterstützung (Sesay und Hughes, 2005, S. 20).

Da die Wahlen in einem sehr engen Zeitraum nach der Beendigung des Krieges stattfanden, waren ihre Vorbereitung und Durchführung stark von der Sicherheitslage abhängig. Die sensible Bestimmung des Zeitpunktes der Wahlen war von mehreren Faktoren und Auseinandersetzungen geprägt. Anders als 1996, als die Forderung nach der

Beendigung des Krieges als eine Strategie der Militärregierung angesehen wurde, die angekündigten Wahlen doch noch zu verschieben (Hirsch, 2001, S. 35-47), forderten dieses Mal einige Vertreter der Zivilgesellschaft „*peace before elections*“. Dies hing insbesondere mit Sicherheitsproblemen, aber auch mit der Skepsis bezüglich der Unabhängigkeit der NEC zusammen. Historisch gewachsene Sorgen vor gewalttätigen Abstimmungsprozessen und die Erfahrungen mit den Unregelmäßigkeiten der Wahlen von 1996 wurden durch die Befürchtung verstärkt, die Verlierer der Abstimmung könnten die Ergebnisse mit Waffengewalt in Frage stellen. Tatsächlich wurde der Wahltermin wegen Verzögerungen des Entwaffnungsprozesses zweimal verschoben, bevor die Abstimmung schließlich Mitte Mai 2002 und damit keine fünf Monate nach der Beendigung des Krieges stattfand. Eine weitere Verschiebung war aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich (Thomson, 2007, S. 24), und die Regierung wie die internationale Gemeinschaft standen daher unter enormem Zeitdruck (ICG, 2001, S. 17-20).

Im Nachhinein stellten sich viele Sorgen als unbegründet heraus, denn die Wahlen verliefen weitgehend friedlich und trugen, nicht zuletzt durch die hohe Beteiligung, erheblich zur Legitimierung des Friedensprozesses bei (Lamin, 2004, S. 133-134). Kommentatoren der Wahl wiesen neben der Bedeutung der abgeschlossenen Entwaffnung ehemaliger Kämpfer darauf hin, dass der RUF nur wenig Zeit geblieben war, ihre Parteistruktur aufzubauen und ein Mangel an Führung und Ressourcen zu ihrem schlechten Abstimmungsergebnis beigetragen habe. Darüber hinaus schienen viele ehemalige RUF-Mitglieder zu ihrem früheren Abstimmungsverhalten zurückgekehrt zu sein, da die Partei (RUF) selbst in den Hochburgen der Rebellenorganisation geringen Erfolg hatte (ICG 2002a, S. 8). Zugleich wurde von einigen Seiten auch spekuliert, dass neben dem Wunsch nach

Stabilisierung die frühzeitige Durchführung der Wahlen ferner dazu diente, dem engen Partner und Wunschkandidaten der internationalen Gemeinschaft, Präsident Kabbah, Vorteile gegenüber der Opposition einzuräumen (Ginifer, 2006, S. 807). Dessen Partei, die regierende SLPP, konnte sich durch die erreichten 67,7 Prozent der Stimmen in der Parlamentswahl eine komfortable Mehrheit im Parlament sichern und auch Kabbah ging mit 70 Prozent gegenüber dem zweitstärksten Kandidaten, Ernest Paul Koroma vom APC, der 21,4 Prozent erhielt, ohne die Notwendigkeit einer Stichwahl als Sieger aus den Präsidentschaftswahlen hervor. Während sich Kabbah und die SLPP als Garanten des Friedens präsentierten, profitierten sie nicht nur von einem Amtsbonus, sondern auch von der Diskreditierung vieler Oppositionsparteien, die als ursächliche und hauptverantwortliche Gruppen für den Bürgerkrieg galten. „[T]he vote for Kabbah and the SLPP was less an endorsement of what is truly a corrupt and rudderless government than a rejection of the opposition or the forces most responsible for the country’s ruination, namely the APC, RUF and PLP.“ (Kandeh, 2003, S. 209).¹⁸

Insgesamt offenbarten die Wahlen eine Reihe an ungelösten Problemen, welche erheblichen Einfluss auf die Bemühungen um demokratische Friedenskonsolidierung haben könnten. Hierzu gehörte an prominenter Stelle das Abstimmungsverhalten der Armee. Durch eine – ihrerseits erklärungsbedürftige – frühzeitige Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse der Angehörigen von Polizei und Armee war offensichtlich geworden, dass es nach wie vor deutliche Differenzen zwischen der Regierung und der Armee gab. Letztere stimmte zu großen Teilen für die PLP und unterstützte deren Kandidaten, den ehemaligen Juntachef des AFRC, Johnny Paul Koroma. Da dieser für einen

Putschversuch zum Jahresanfang 2002 verantwortlich gemacht wurde, verstärkten sich Befürchtungen, die Regierung müsse nach wie vor auf die CDF anstatt auf die reguläre Armee zurückgreifen (ICG, 2002a, S. 9-11). Problematisch war zudem das Verhalten der NEC, der die Veruntreuung von Geldern vorgeworfen wurde und die Unregelmäßigkeiten der Abstimmung ignorierte. Besonders umstritten war die Tatsache, dass die Zahl der abgegebenen Stimmen in einigen Distrikten höher lag als die der registrierten Wähler, was der Vorsitzende der NEC auf nachträglich zugezogene Flüchtlinge zurückführte, die auch ohne Registrierung wählen durften (Kandeh 2003: 208). Die Justiz wurde von der Politik dazu genutzt, einen SLPP-internen Herausforderer Kabbahs zu disqualifizieren und den Wahlkampf von einigen Oppositionskandidaten zu beeinträchtigen. Dennoch wurden die Wahlen als frei und fair bezeichnet und die internationale Gemeinschaft übte Druck auf die Parteien aus, das Ergebnis zu akzeptieren (Sesay, 2005, S. 14; Sesay und Hughes, 2005, S. 33 und S. 41).

Auch die starke Abhängigkeit Sierra Leones von externer Unterstützung für die Durchführung der Wahlen stellte eine Herausforderung für die Zukunft dar. Wie bereits 1996 griff die NEC maßgeblich auf logistische Fähigkeiten UNAMSILs zurück, welche nicht nur bei der Registrierung der Wähler mitwirkte, Wahlunterlagen und Personal in die Wahlbüros entsandte, sondern auch die Sicherheit am Wahltag garantierte. Die internationale Gemeinschaft stellte neben grundlegender Ausstattung und dem Aufbau der notwendigen Infrastruktur (wie z.B. Ersatz für zerstörte und geplünderte Wahlbüros) auch technische Hilfe beim Entwurf einer neuen Wahlgesetzgebung zur Verfügung (Sesay und Hughes, 2005, S. 20-25).

Zum damaligen Zeitpunkt erschienen die Wahlen im Jahr der Kriegsbeendigung, zumal im Vergleich zu denen in anderen

¹⁸ Die *Peace and Liberation Party* (PLP) gilt als Nachfolgepartei des AFRC (Kandeh, 2003).

postkonfliktiven schwachen Staaten, wie z.B. Liberia, Somalia und der Demokratischen Republik Kongo (Kandeh, 2003), vielen als ein klarer Erfolg (so z.B. Meek, 2003, S. 112). Andere Beobachter, wie die ICG, warnten angesichts der Übermacht der SLPP, der Brüche zwischen der Regierung und der Armee und der Aufrechterhaltung der Spaltung zwischen nördlichen und südlichen Landesteilen vor einer Rückkehr zu „business as usual“:

The greatest threat to peace, however, comes from the government's waning commitment to the peace process. While president Kabbah has always been regarded as a leading reformer, several incidents of corruption in the last few months have tarnished that image [...] (ICG, 2002a, S. 2).

Diese Einschätzung findet vor dem Hintergrund der jüngsten Wahlen in Sierra Leone (siehe Kasten) eine gewisse Bestätigung. So wurde die regierende SLPP abgewählt und ihr gesamtes Kabinett soll durch die Anti Corruption Commission überprüft werden (UNIOSIL, 2007).

Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte

Staatliche Schwächen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, der zweiten Säule internationaler Demokratisierungshilfe, führten ebenfalls zu einer Reihe von Initiativen seitens der internationalen Gemeinschaft. Bereits früh zeigte sich, dass die Unterstützung in diesen Bereichen gewisse Schwerpunkte verfolgte, die sich deutlich in den auf internationaler Ebene bereitgestellten Geldern widerspiegeln.

Im Zentrum internationaler Bemühungen stand die Einrichtung des *Special Court for Sierra Leone*, der auf ein Abkommen zwischen der UN und der Regierung Sierras von Anfang 2002 zurückgeht und dessen Aufgabe darin besteht, jene Akteure strafrechtlich zu verfolgen, „who bear the greatest responsibility for serious violations of international humanitarian law and Sierra

Leonean law committed in the territory of Sierra Leone since 30 November 1996“ (Special Court Agreement, 2002, Artikel 1, Absatz 1). Zugleich wurde auch eine *Truth and Reconciliation Commission* (TRC) gebildet, deren Mandat, einen unabhängigen Bericht über die während des Krieges begangenen Menschenrechtsverbrechen zu verfassen, Straflosigkeit und die Bedürfnisse der Opfer anzusprechen, Versöhnung zu fördern und eine Wiederholung des Unrechts zu verhindern (TRC Act, 2000, Artikel 6, Absatz 1), auf das Lomé-Abkommen zurückgeht (Lomé Agreement, 1999, Artikel 26, Absatz 1). Ihre Arbeit wurde von verschiedenen Regierungen und Organisationen wie UNDP, UNAMSIL und von NGOs unterstützt, doch der Hauptpartner der TRC war das UN Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR) (Wierda, 2006, S. 183-193). Wie der Sondergerichtshof wurde auch sie mit nationalen und internationalen Mitarbeitern besetzt (Wierda, 2006, S. 184-194).

Während die TRC insgesamt über ein Budget von 4,5 Millionen US-Dollar verfügte, nachdem dieses von zunächst 9,9 auf 6,2 Millionen gekürzt worden war, werden die vom *Special Court* zwischen 2002 und 2005 verursachten direkten Kosten auf 58 Millionen US-Dollar geschätzt, deren Hauptträger bis dahin die USA, die Niederlande und Großbritannien waren (Sesay und Hughes, 2005, S. 67-68; Wierda, 2006, S. 196).

Andere Institutionen wie die Stelle des Ombudsmannes oder die *National Commission for Democracy and Human Rights* (NCDHR) werden v.a. von der Regierung finanziert und erhielten seit Kriegsende nahezu keine internationale Unterstützung (Sesay und Hughes, 2005, S. 65).

Neben der Schaffung neuer Institutionen unterstützte die internationale Gemeinschaft auch bereits existierende Strukturen. Gemeinsam mit lokalen Regierungsstrukturen und Gerichten (Jackson, 2005, S. 52), stellten auch die Gefängnisse während des Krieges

ausgewählte Ziele für Rebellenangriffe dar. Anders als die Polizei erhielten Sierra Leones Gefängnisse wenig internationale Unterstützung, so dass bis 2005 lediglich ca. die Hälfte der Vorkriegseinrichtungen wieder rehabilitiert war. Auch die Infrastruktur der Gerichte und Justizbehörden hatte erhebliche Schäden davongetragen, und da sie bereits vor dem Krieg als politisiert und korrupt galt, stellte die Erneuerung der Rechtssprechung Sierra Leones eine enorme Herausforderung dar. DFID war hier erneut federführend und investierte ab 2002 zwei Millionen Pfund in ein breit angelegtes *Law Development* Projekt, in dessen Rahmen Gebäude renoviert, neu errichtet und ausgestattet wurden. Das Projekt umfasste ebenso technische und Ausbildungshilfe für verschiedenes Personal wie Gerichtsdienere und Staatsanwälte und Unterstützung für eine Bestandsaufnahme von Gesetzen und internationalen Verträgen (Sesay und Hughes, 2005, S. 62-64). In ländlichen Gebieten wurden über die Errichtung von Gebäuden hinaus keine Maßnahmen zur Förderung der Justiz durchgeführt (Sesay und Hughes, 2005, S. 80), doch da die Rechtssprechung auf lokaler Ebene eng mit der Organisation der *chieftaincies* zusammen hängt, soll im Folgenden auf Reformbemühungen in diesem Bereich eingegangen werden.

Bei den Anstrengungen um *democratic peacebuilding* in Sierra Leone wurde Dezentralisierungsbemühungen ein besonderer Stellenwert beigemessen.¹⁹ Anfangs folgte die Wiedereinsetzung von *chiefs* dem Imperativ, das auf der Ebene lokaler Administrationen vielerorts

entstandene Machtvakuum zu füllen. Zugleich wurde die Dezentralisierung der zuvor in Freetown konzentrierten Verantwortung und Macht von internationalen Gebern als eine Möglichkeit gesehen, die Partizipation und Integration von Bürgern in politische Prozesse zu fördern und die Vorstellungen über Staatsbürgerschaft und Sozialverhalten zu verändern: „[According to this view] Sierra Leone's unsettled post-war state presents a window of opportunity for fast-tracking decentralization before the forces of illiberalism have a chance to regroup.“ (Fanthorpe, 2006, S. 34).

Bereits im Jahr 2000 begann DFID gemeinsam mit einer eigens geschaffenen Abteilung der Regierung mit der Implementierung eines Projektes zur Reform lokaler Regierungsstrukturen. Durch den Neubau von Häusern und die Durchführung von Wahlen sollten *chiefs* ermutigt werden zurückzukehren. Das Projekt umfasste Konsultationsprozesse mit der Bevölkerung, in denen historisch gewachsene Missstände angesprochen wurden: Infolge der britischen indirekten Herrschaft waren viele *chiefs* und lokale Verwaltungsbeamte nicht der lokalen Bevölkerung sondern vielmehr ihren Patrons in Freetown rechenschaftspflichtig. Dies resultierte in der Folge in der willkürlichen Verhängung unverhältnismäßig hoher Strafen durch *chiefs* und lokale Gerichte sowie zur Veruntreuung von Geldern durch Mitarbeiter der Behörden (Thomson, 2007, S. 21-22). Folglich entstanden Entfremdungsprozesse v.a. der jugendlichen Bewohner dieser Gebiete, die mittlerweile als einflussreiche Faktoren für den Ausbruch des Bürgerkrieges angesehen werden (Richards, 2005). Vor diesem Hintergrund legten nach dem Krieg sowohl externe Unterstützer wie die Weltbank, UNDP und DFID als auch die Regierung Kabbah großen Wert auf ein Dezentralisierungsprogramm. Dieses führte zu der Verabschiedung des *Local Government Act* im März 2004 und zu Wahlen für *District* und *Town Councils* im Mai desselben Jahres

¹⁹ Die Verwaltungsstruktur Sierra Leones gliedert sich in 4 Provinzen (Norden, Süden, Osten und *Western Area* inklusive Freetown), die in 12 Distrikte, die fünf Provinzstädte Bo, Kenema und Koidu, Bonthe und Makeni sowie die Hauptstadt Freetown und die Umgebung der Hauptstadt unterteilt sind. Die nächst kleinere Verwaltungseinheit bilden die 149 *paramount chieftaincies*, an deren Spitze die sog. *paramount chiefs* stehen.

(Jackson, 2005, S. 51), nachdem bereits im Dezember 2002 und Januar 2003 63 vakante Posten von *paramount chiefs* durch Wahlen neu besetzt worden waren. Obwohl die Gebergemeinschaft erneut einen Großteil der Kosten trug, traten externe Beobachter deutlich weniger in Erscheinung als noch 2002 (Sesay, 2005, S. 14-16; Thomson, 2007, S. 25).

Medien

Die Situation der Medien Sierra Leones war bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges durch staatliche Kontrolle und die Konzentration auf Freetown gekennzeichnet. Nach einer kurzen Phase des Auflebens der Berichterstattung zu Beginn der 1990er Jahre machte der Bürgerkrieg die weitere Liberalisierung der Presselandschaft und die unabhängige Berichterstattung nahezu unmöglich. Obwohl die Qualität der sierra-leonischen Medien unter einem Mangel an Professionalität litt, zumal mehr als 70 Prozent der ausgebildeten Journalisten das Land verlassen hatten (Coker, 2003, S. 78), spielten sie eine gewisse Rolle in den Bemühungen um einen Friedensschluss. Auch das Programm *Talking*

Drum Studio der NGO *Search For Common Ground* strahlte landesweit Sensibilisierungs- und Aufklärungsprogramme zur Förderung einer Kultur der friedlichen Konfliktbeilegung aus. Insgesamt setzten jedoch die geringen professionellen Standards, die eingeschränkten Ausbildungsmöglichkeiten, die unübersichtlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen, die dürftige Ausstattung sowie das schwache Marketing und die geringe Reichweite der Medien der Berichterstattung enge Grenzen. Diesen Herausforderungen versuchten internationale Partner wie USAID, DFID, die *Open Society Initiative for West Africa* (OSIWA) und die *Canadian International Development Agency* (CIDA) über die Ausbildung von Journalisten, die Ausstattung mit Druckmöglichkeiten, Computern, Generatoren, Kameras und Vorrichtungen für Radiostationen und Ausbildungsstätten gerecht zu werden. Darüber hinaus wurden Radiosender für Gemeinden eingerichtet und NGOs im Medienbereich wie z.B. die *Sierra Leone Association of Journalists* (SLAJ) unterstützt und Hilfe für Gesetzesreformen und die Einrichtung einer Aufsichtsbehörde, der *Independent Media Commission* (IMC), bereitgestellt (Sesay und Hughes, 2005, S. 91-103).

Die zweiten Nachkriegswahlen als Lackmustest der erreichten Fortschritte

Ähnlich wie die Wahlen von 2002 musste auch der ursprünglich für Ende Juli vorgesehene Termin für die Abstimmung des Jahres 2007 verschoben werden, da in diesem Fall das Parlament der Forderung der NEC nach einer frühzeitigen Auflösung nicht nachkam (United Nations, 2007c, S. 1). Letztere war erstmals vollständig allein verantwortlich für die Organisation und Durchführung der Wahlen, blieb dabei jedoch weiterhin auf technische, logistische und finanzielle Unterstützung angewiesen. Die Regierung erfüllte ihre Zusage, 30 Prozent des Budgets der Wahlkommission zu tragen, nicht, was von der internationalen Gemeinschaft mit zusätzlichen Mitteln aus dem UN Peacebuilding Fund aufgefangen wurde (EUEOM, 2007a, S. 3-5). Finanziert wurden die Wahlen darüber hinaus von Dänemark, Irland, Japan, Großbritannien, den USA und der EU (United Nations, 2007c, S. 3). Logistischen und technischen Beistand erhielt die NEC durch UNDP und UNIOSIL (United Nations, 2007c, S. 1-2). Die Verschiebung des Wahltermins schuf zusätzliche Herausforderungen für die Organisatoren der Wahl, da der neue Termin in die Regenzeit fiel.

Am 11. August 2007 hatten die registrierten Wähler die Möglichkeit, zwischen sieben Parteien abzustimmen. Die historische Opposition zwischen APC und SLPP erfuhr durch die Gründung einer neuen Partei, dem *People's Movement for Democratic Change* (PMDC) eine gewisse Auflockerung. Die neue Partei, gegründet von dem ehemaligen SLPP-Mitglied Charles Margai, war insbesondere im

Süden der Landes erfolgreich, der mitunter als traditionelle Hochburg der SLPP gilt (ICG, 2007, S. 3; NEC, 2007).

Da keiner der sieben Kandidaten für das Präsidentenamt im ersten Wahlgang die erforderlichen 55 Prozent der Stimmen erhielt, wurde eine Stichwahl für den 8. September festgelegt. Aus dieser ging mit Ernest Bai Koroma erstmals seit 1992 wieder ein Vertreter des APC als Sieger hervor. Da der bei den Gebern beliebte Präsident Kabbah von der SLPP bei den Wahlen 2007 kein weiteres Mal antreten durfte, nominierte seine Partei den bisherigen Vizepräsidenten Solomon Berewa als Kandidaten. Mit 45,4 Prozent der Stimmen unterlag er im zweiten Wahlgang Koroma, der 54,6 Prozent der Stimmen erhielt und am 17. September vereidigt wurde (United Nations, 2007c, S. 1-2).

Doch nicht nur für die NEC, auch für die Professionalität der sierra-leonischen Polizei und Armee stellten die Wahlen eine entscheidende Prüfung dar. Während 2002 eine massive UNAMSIL-Präsenz in strategischen Gebieten die Sicherheit am Wahltag garantieren konnte, blieb dies nun der nationalen Polizei überlassen, die zu diesem Zweck spezielle Trainings- und Sicherheitspläne implementierte (United Nations, 2007a, S. 3-4). Dennoch fanden sich im Vorfeld der Wahlen Warnungen vor einer Intervention der Armee, sollte das Abstimmungsergebnis nicht in ihrem Interesse ausfallen (Ginifer, 2007; BTI, 2006, S. 805-806). Zugleich deuteten andere Warnungen an, die Armee könne vielmehr im Falle erneuter Unregelmäßigkeiten zu den Waffen greifen: „the army [...] might not need an additional excuse than the repeat of the 2002 ‘malpractices’ to step in and take control themselves.“ (Cubitt, 2006, S. 66). In beiden Szenarien wird die zentrale Bedeutung eines effektiven und demokratisch kontrollierten Sicherheitssektors für den Erfolg der Demokratisierung deutlich.

Tatsächlich griff die Armee nicht in den Verlauf der Abstimmung ein. Stattdessen kam es vor und insbesondere zwischen den beiden Wahlgängen zu gewalttätigen Zusammenstößen von Anhängern der größten Parteien SLPP, APC und PMDC. Der scheidende Präsident Kabbah drohte am 27. August mit der Verhängung des Ausnahmezustandes, sollte sich die Situation nicht beruhigen. Während einzelne unausgewogene Medienberichte zusätzliche Unruhe zu stiften drohten, erzielten öffentliche Aufrufe zur Ruhe durch Kabbah, Berewa und Koroma gleichermaßen eine Entspannung der aufgeheizten Situation (EUEOM, 2007b, S. 6) Die Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union berichtet von einem Vorfall in Kono, bei dem im Juli die Armee ausrücken musste, da die Polizei nicht in der Lage war, die Zusammenstöße, bei denen sechs Menschen verletzt wurden, zu beenden (EUEOM, 2007a, S. 7). Die Mehrzahl der Zwischenfälle konnte zwar von der Polizei bewältigt werden. Jedoch kritisierten Vertreter der SLPP und des APC ihre Entscheidung, mutmaßliche Täter aus Angst vor einer weiteren Eskalation der Situation nicht zu verfolgen (EUEOM, 2007b, S. 4).

Auf zivilgesellschaftlicher Seite beteiligten sich 2007 circa 80 Organisationen an dem bereits früher in Erscheinung getretenen *Netzwerk National Election Watch* (NEW) und die NEC ließ eine Gesamtzahl von 35 nationalen zivilgesellschaftlichen Gruppen zur Wahlbeobachtung zu. Inwiefern dieser quantitative Zuwachs sich auch in einer qualitativen Veränderung der Arbeit dieser Organisationen widerspiegelt, ist schwer zu beurteilen. Im Bericht der EU-Mission heißt es: „These groups demonstrated a high degree of competence in their activities which contributed to public confidence in the conduct of the elections“ (EUEOM, 2007a, S. 9).

Insgesamt wurden die Wahlen von internationalen Beobachtern als weitgehend friedlich, transparent und glaubwürdig charakterisiert und die kompetente Arbeit der NEC auch seitens nationaler Akteure, wie z.B. NEW gelobt (United Nations, 2007c, S. 2; EUEOM, 2007a, S. 1; ICG, 2007, S. 6). Der relativ friedliche Regierungswechsel allein kann bereits als Erfolg für die Friedenskonsolidierung in Sierra Leone gewertet werden. Inwiefern diese Chance genutzt wird, um den weiterhin

bestehenden Herausforderungen für die Zukunft des Landes zu bewältigen, wird maßgeblich von der Amtsführung der neuen Regierung und, das haben die Wahlen gezeigt, von der Fortführung des internationalen Engagements abhängen.

Anfang Dezember 2007 verabschiedeten die neue Regierung und die *UN Peacebuilding Commission* ein „kurz- bis mittelfristiges“ *Peacebuilding Cooperation Framework*. Die darin gesetzten Prioritäten liegen in den Bereichen „youth employment and empowerment, consolidation of democracy and good governance, justice and security sector reform, capacity-building, and energy-sector development“ (United Nations, 2007d, S. 4). Diese Ankündigung von internationaler und sierra-leonischer Seite, die beiderseitigen Bemühungen um *democratic peacebuilding* fortzusetzen, sind zu begrüßen. Angesichts der in der vorliegenden Analyse verdeutlichten Herausforderungen und Schwächen sollte die tatsächliche Umsetzung dieser Pläne weiterhin kritisch beobachtet werden.

3.3 Beurteilungen von Sicherheitssektorreform und Demokratisierungshilfe

Angesichts dieser Fülle von Maßnahmen und Initiativen der internationalen Gemeinschaft, die demokratische Friedenskonsolidierung in Sierra Leone zu unterstützen, erscheint eine Bestandsaufnahme der Stärken und Schwächen dieser Projekte fünf Jahre nach dem Friedensschluss sinnvoll. Diese Bilanz soll Antworten auf die in Punkt 2.2.3 gestellten Fragen bieten: Haben die Demokratisierungsbemühungen die Ziele der Partizipation, des *capacity building* und der Rechtsstaatlichkeit erreicht? Kann die eingangs aufgestellte These, dass der Erfolg von *democratic peacebuilding* maßgeblich von der Effizienz und dem Grad der Demokratisierung des Sicherheitssektors abhängt, bestätigt werden oder sollte sie verworfen werden?

Entwaffnung von Kombattanten und Wiederaufbau von Armee und Polizei

Die obigen Darstellungen haben deutlich gemacht, dass der anfängliche Ansatz der Regierung und ihrer internationalen Unterstützer angesichts der sehr prekären Sicherheitslage klar einer „*Security First*“-Strategie folgte. Dies wurde von internationalen Beobachtern, wie der ICG, ausdrücklich begrüßt (ICG, 2002a, S. 1-2).

In verschiedenen Phasen gelang es der internationalen Gemeinschaft unter der Führung des *National Committee for Disarmament, Demobilisation and Reintegration* (NCDDR) und UNAMSIL weitgehend, die Entwaffnung ehemaliger Kombattanten trotz einiger Rückschläge im Vorfeld der Wahlen im Jahr 2002 abzuschließen, was zumeist als Erfolg und als Voraussetzung für die Durchführung der Wahlen angesehen wurde (Thusi und Meek, 2003). Dennoch gibt es auch kritische Stimmen, die den Erfolg der Entwaffnungsphasen anzweifeln, da die Anzahl jener Kämpfer, welche nicht entwaffnet wurden, unbekannt sei und Kleinwaffen nach wie vor verfügbar blieben (Ginifer, 2006, S. 797). Dies geht nicht zuletzt auf die Diskrepanz zwischen der Zahl entwaffneter Kämpfer und der Anzahl der eingesammelten Waffen zurück: Im Jahr 2002 übertraf die Zahl der ca. 48.000 demobilisierten Kämpfer die der eingesammelten Waffen bei weitem, da lediglich rund 26.000 Waffen eingezogen worden waren, zuzüglich ca. 940.000 Stück Munition (Thusi und Meek, 2003, S. 28-29).

Die Reintegrations-Komponente der DD&R-Programme geriet deutlich stärker in die Kritik. Problematisch waren insbesondere Rückstände in der Finanzierung des Programms durch den *Multi-Donor Trust Fund*, die zu einer temporären Aussetzung des Programms führten, sowie die Ausbildungs-

angebote²⁰, die z.T. am tatsächlichen Bedarf vorbeiliefen, da das zentrale Betätigungsfeld der Landwirtschaft nur ungenügenden Zuspruch fand. Angesichts fehlender Perspektiven stellt die Wiedereingliederung in die Gesellschaft lediglich eine „*reintegration into poverty*“ dar (Albrecht und Malan, 2006, S. 87) und hohe Arbeitslosenraten unter Jugendlichen werden heute als eine der Hauptbedrohungen für den fragilen Frieden in Sierra Leone gesehen (United Nations, 2007a, S. 3). Die Angaben über die Anzahl offiziell reintegrierter Kombattanten variieren zwischen ca. 54.000 (United Nations, o. J.) und 70.000 (Peters, 2007, S. 1). Viele ehemalige Kombattanten halten sich noch immer in den Städten auf, in denen die Demobilisierung stattfand, doch eine gewisse Anzahl wurde auch außerhalb international geförderter Reintegrationsprogramme über etablierte Mechanismen in ihre Gemeinden reintegriert (Shaw, 2005, S. 11). Hinsichtlich der Einstellungen ehemaliger Kämpfer ist folgendes Ergebnis einer Umfrage unter knapp über 1000 Personen bemerkenswert: „Most ex-combattant reject violence as a strategy for achieving political change“ (Humphreys und Weinstein, 2004, S. 39).

Eine mit 2.600 ehemaligen Kombattanten (Albrecht und Malan, 2007, S. 126) eher geringe Zahl wurde nach ihrer Entwaffnung und Demobilisierung in die Armee integriert.

²⁰ Nach der erfolgreichen Entwaffnung und Demobilisierung bestand für ehemalige Kombattanten im Reintegrationsprogramm die Möglichkeit, Reintegrationshilfen in Form von Bildungsangeboten, beruflicher Ausbildung, landwirtschaftlicher oder unternehmerischer Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Die Ausbildungspakete, welche monatliche Zahlungen und die Aushändigung eines Werkzeugsatzes umfassten, stellten die beliebteste Option dar (UNAMSIL, 2003, S. 7-8; Peters, 2007, S. 5, Fußnote 9). Auf eine Darstellung der einzelnen Reintegrationsmaßnahmen für ehemalige Kombattanten soll hier verzichtet werden. Stattdessen sei auf die Arbeiten von Ginifer (2003), Peters (2007) und Humphreys und Weinstein (2004) verwiesen. Eine umfassende Übersicht findet sich in UNAMSIL (2003).

Die *Republic of Sierra Leone Armed Forces* (RSLAF) haben seit der Ankunft des Ausbildungsteams einen grundlegenden Wandel erfahren, der zu deutlichen Fortschritten geführt hat. Einige Probleme, wie die aus fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten während des Krieges resultierende mangelnde Qualifizierung der Rekruten, bleiben jedoch bestehen und auch der Anteil loyaler Soldaten wurde im Jahr 2003 auf lediglich 60 Prozent geschätzt. Zudem gibt es unter einigen, insbesondere dienstälteren, Offizieren Akzeptanzprobleme ziviler Kontrollmechanismen – sie empfinden die Armee als eine über dem Gesetz stehende Institution. Dementsprechend zeigten sich Offiziere des IMATT in den Jahren 2004/2005 „increasingly concerned about a growing gap between junior officers, who they see are more honest and patriotic, and senior officers who maintained the patronage and authoritarian attitudes of the previous era.“ (Hanlon, 2005, S. 10).

Positiv wirkte sich die Einführung neuer Mechanismen zum Umgang mit Unzufriedenheit innerhalb der Streitkräfte aus (ICG, 2003, S. 7). Der Umbau des Verteidigungsministeriums zu einer Institution unter zivilmilitärischer Führung ist ebenfalls ein Fortschritt und soll verhindern, dass die Armee zu einem politischen Akteur wird. Einschränkend wirkt sich allerdings die Personalunion von Präsident und Verteidigungsminister auf das Ausmaß parlamentarischer Kontrolle über die Streitkräfte aus und die Distanz der Armee gegenüber Kontrollgremien hat sich vergrößert (Albrecht und Malan, 2006, S. 124). Obwohl die Zusammensetzung der Armee ursprünglich durch einen ausbalancierten Rekrutierungsprozess gesteuert werden sollte, wurde dieser durch die anfängliche Dringlichkeit der Sicherheitslage vernachlässigt (Thomson, 2007, S.12). Dennoch verlief die Integration ehemaliger gegnerischer Kombattanten der RUF und der CDF in die Armee erfolgreich und bisher ohne größere Zwischenfälle (Albrecht und Malan, 2006, S. 126).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Reformprozess der sierra-leonischen Armee seit dem Ende des Bürgerkrieges erhebliche Fortschritte gemacht hat, doch dass ihr Umfang von 10.300 Soldaten den Bedarf und die Ressourcen Sierra Leones weit übersteigt (Thomson, 2007, S. 12-13). Eine Verringerung auf die Stärke von 8.500 Mann ist für die kommenden Jahre vorgesehen (United Nations, 2007a, S. 4). Noch existieren zentrale Mängel in den Bereichen Ausrüstung, Kommunikationsmittel und Fahrzeuge bereits seit mehreren Jahren (vgl. ICG, 2002a; 2003) und schlechte Unterkünfte sowie stagnierende Gehälter (bei steigenden Lebenshaltungskosten) wirken sich negativ auf die Arbeitsmoral der Soldaten aus (United Nations, 2007a, S. 4). Es wird erwartet, dass die Gruppe der militärischen Berater und Ausbilder noch bis mindestens 2010 im Land bleiben wird (Ebo, 2006, S. 487), was zwar auf das langfristige Engagement der Gebergemeinschaft, zugleich jedoch auf noch ausstehende Besserungen schließen lässt.

Vor weitgehend identischen Herausforderungen steht die Polizei Sierra Leones (*Sierra Leone Police*, SLP). Auch sie hat einen tief greifenden Reformprozess durchlaufen und wird in ihren heutigen Aktivitäten insbesondere durch inadäquate Arbeitsbedingungen eingeschränkt. Ende 2006 war die angestrebte Stärke der Polizei, welche während des Krieges deutlich dezimiert wurde, von 9.500 Mann nach anfänglichen Rekrutierungsproblemen fast erreicht, doch die Stationierung in entlegenen Landesteilen war erst zu 60 Prozent abgeschlossen (Albrecht und Malan, 2006, S. 135). Fortschritte ließen sich zunächst in den Bereichen Kommandostrukturen und Organisation, in der Übernahme der Verantwortung in Städten und in der Verfolgung von Korruption in höheren Rängen feststellen. Zugleich blieb das Vertrauen in die Polizei anfangs so gering, dass einige Bürger ihre Beschwerden vielmehr an *paramount chiefs* und internationale NGOs richteten. Auch gab es Berichte über von Polizisten eingerichtete nächtliche

Straßenblockaden, über die Geld erpresst wurde (ICG 2003, S. 8-10). Mittlerweile scheint sich das Ansehen der Polizei (zumindest in urbanen Räumen) deutlich gebessert zu haben (Smith-Höhn 2007),²¹ doch besteht auch hier eine Herausforderung in der Heterogenität ihrer Mitglieder. Während insbesondere zahlreichen neuen Rekruten gewisse professionelle und ethische Standards vermittelt wurden, gibt es nach wie vor einen großen Bestand länger dienender Angestellter, die in der ehemals sehr korrupten und klientelistisch ausgerichteten Polizei sozialisiert wurden (Baker, 2006b, S. 43).

Das Gesamtbild ist wie bei der Armee ambivalent: Angesichts der desolaten Ausgangssituation zu Beginn der Restrukturierungsmaßnahmen sind die zu verzeichnenden Fortschritte beachtlich. Im September 2004 übernahm die Regierung Sierra Leones offiziell die Verantwortung für die Sicherheit des Landes von UNAMSIL (Ebo, 2006, S. 482), deren Abzug jedoch aufgrund fortbestehender Sicherheitsprobleme auf Ende 2005 verschoben werden musste. Die Integration der nationalen Sicherheit als einen Punkt der ersten Säule („*Promoting Good Governance, Peace and Security*“) des *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSP) der Regierung von März 2005 wird als innovativ und richtungweisend angesehen (Ebo, 2006, S. 489; GoSL, 2005). Jedoch kann darin zugleich eine Gefahr für die Qualität der Sicherheitsinstitutionen liegen, da die Ausgaben für Gehälter des öffentlichen Dienstes leicht mit den makroökonomischen Vorgaben des IWF kollidieren, die teilweise eine Deckelung von Ausgaben beinhalten (Hanlon, 2005, S. 4-6; IMF und IDA, 2002). Die Gefahr, dass Polizisten, deren Gehalt an der Armutsgrenze liegt, versucht sind, dieses durch Korruption aufzubessern, stellt eine Herausforderung dar, die als eine Querschnittsaufgabe für den gesamten

²¹ Vgl. auch die Ergebnisse einer vom *Justice Sector Development Programme* (JSDP) geförderten landesweiten Umfrage zur Perzeption der Polizei (JSDP, 2006, S. 44-47).

öffentlichen Dienst verstanden werden kann. So lässt sich die Ermahnung, „one of the greatest impediments of a robustly functioning SLP is the predominant stumbling block of the civil service as a whole: the poor conditions of service“ (Albrecht und Malan, 2006, S. 129), auch auf andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, wie z.B. Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, übertragen (vgl. hierzu Albrecht und Malan, 2006, S. 55-64). Umso wichtiger ist es, Kontrollmechanismen zu verstärken, die sowohl im Fall der Armee als auch bezüglich der Polizei bisher ungenügend sind.²² Die Rückkehr zu historisch ausgeprägten Verhaltensweisen wie Korruption, Machtmissbrauch und Politisierung erscheint ohne demokratische Kontrollmechanismen als ein Risiko und die Orientierung auf das Gemeinwohl als zweifelhaft. Trotz eines auf *capacity building* der Legislative abzielenden DFID-Projektes bleibt die parlamentarische Kontrolle des Sicherheitssektors durch eine Reihe von Problemen, wie z.B. enormen Personal-mangel, eingeschränkt (Gbla, 2006, S. 88; Ginifer, 2006, S. 802).

Diese Schwäche lässt sich nicht zuletzt auf die Prioritätensetzung der internationalen Gemeinschaft bei ihren Demokratisierungsbemühungen zurückführen. Der Fokus der Aufmerksamkeit und dementsprechend viele Ressourcen wurden diesbezüglich der Durchführung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2002 sowie dem *Special Court for Sierra Leone* zuteil.

Wahlen

Die Nachhaltigkeit des internationalen Engagements im Bereich der Wahlen ließ sich anlässlich der darauf folgenden Abstimmungen beurteilen. Sowohl die *chieftaincy*-Wahlen zum Jahreswechsel 2002/2003 als

auch die Wahlen für die *District* und *Town Councils* im Mai 2004 liefen relativ störungsfrei und friedlich ab. Dennoch geriet insbesondere die NEC in die Kritik, da sie über verschiedene Beschwerden und Unregelmäßigkeiten hinweg sah. Einige Beobachter bezeichneten dies als ihr „*peacebuilding*-Mandat“, da sie sich durch dieses Verhalten analog zur internationalen Gemeinschaft vielmehr die Stabilisierung des Friedensprozesses als die Ahndung undemokratischer Zwischenfälle des Wahlablaufes zum Ziel setzte (Sesay und Hughes, 2005, S. 32-33). Während die frühere Ausstattung der NEC mit Fahrzeugen, Wahlurnen und Lautsprechern für die folgenden Wahlen von Vorteil war, wurde ihre Zusammensetzung nach 2004 in Reaktion auf die Kritik völlig neu organisiert. Die vormalig von der Regierung entsandten Angestellten wurden einbestellt und durch einen neuen Mitarbeiterstab ersetzt (Davies-Venn, 2007). Da das internationale Interesse an den Wahlen auf lokaler Ebene relativ gering blieb, wurde ein weiteres Problem besonders deutlich: Viele internationale Organisationen hatten die Weitergabe von Fähigkeiten an lokale NGOs vernachlässigt, was zur Folge hatte, dass mit der CGG lediglich eine sierra-leonische Organisation im Stande war, die *chieftaincy*-Wahlen zu beobachten. Der Eindruck einer insgesamt recht unbeständigen internationalen Wahlhilfe verstärkte sich daher hinsichtlich des *capacity building* auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Obgleich 2002 mit externer Unterstützung zahlreiche lokale Organisationen entstanden, verschwanden viele nach der Abstimmung wieder oder widmeten sich neuen Themen, über die sie Gelder akquirieren konnten (Sesay und Hughes, 2005, S. 39-47; Thomson, 2007, S. 25-26).

Auch der Beitrag der beiden ressourcenstärksten Projekte der internationalen Gemeinschaft im Bereich der Menschenrechte, der TRC und dem *Special Court*, zur demokratischen Friedenskonsolidierung ist nicht eindeutig positiv.

²² Für eine vertiefende Darstellung der sierra leonischen Sicherheitsarchitektur vgl. Albrecht und Malan (2006, S. 113-121) sowie Gbla (2006, S. 88-90). Eine Analyse nicht-staatlicher Sicherheitsinstitutionen findet sich in Baker (2006a).

Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte

Die TRC wurde früh wegen politischer Einflussnahmen, schlechtem Management und ungenügender Öffentlichkeitsarbeit kritisiert (ICG, 2002b). So offenbarte eine 2002 und 2003 landesweit unter ca. 1280 Personen durchgeführte Umfrage der CGG einen deutlichen Mangel an Verständnis innerhalb der Bevölkerung bezüglich der Mandate des *Special Court* und der TRC sowie ihrer Unterschiede (CGG, o. J.). Erst nach der Überwindung zahlreicher Probleme bezüglich ihres Mandates, ihrer Beziehung zum Sondergerichtshof und wiederholten Finanzierungsengpässen legte sie im Oktober 2004 ihren Bericht vor (TRC, 2004). Während viele ehemalige Kombattanten aus Angst vor einer Verfolgung durch den Sondergerichtshof vor einer Aussage zurückschreckten, blieben auch zahlreiche Opfer den Anhörungen fern, weil sie Vergeltungstaten befürchteten (Shaw, 2005, S. 4-5). Letzteres weist auf die zentrale Bedeutung adäquater Sicherheitsvorkehrungen hin und bestätigt die These, dass der Sicherheitssektor großen Einfluss auf die Demokratisierung hat.

Darüber hinaus wurde von einigen Beobachtern die Einrichtung der TRC *per se* in Frage gestellt, da das Konzept öffentlicher Anhörungen mit lokalen Traditionen des „Vergebens und Vergessens“ kollidierte und mangelndes Verständnis für den Glauben offenbarte, die öffentliche Diskussion führe vielmehr zur Rückkehr der Gewalt als zur Versöhnung von Tätern und Opfern (Shaw, 2005, S. 6-11).

Insgesamt hat die Arbeit der TRC die zentrale Rolle der sierra-leonischen Regierung für den Erfolg vieler Maßnahmen herausgestellt. Problematisch erscheinen insbesondere die Weigerungen hochrangiger Regierungsmitglieder, eine Aussage vor der TRC zu machen (ICG, 2003, S. 11-13), sowie die zurückhaltende Reaktion der SLPP Regierung auf die im Bericht enthaltenen Empfehlungen. Ihr *White Paper* wurde als ein Ausdruck fehlenden Interesses am Wahrheits- und

Versöhnungsprozess wahrgenommen (Wierda, 2006, S. 191). Da die Umsetzung der Empfehlungen der TRC bis zu den Wahlen im August und September 2007 nur langsam verlief (United Nations, 2007a, S. 8), dürfte dies Skeptiker bestätigt haben, die Zweifel am Engagement der Kabbah Regierung an einer Fortführung der Friedenskonsolidierung hegten.

Der *Special Court* litt ebenso unter Verzögerungen und Finanzierungsproblemen (Wierda, 2006, S. 193-199), doch war er wesentlich besser ausgestattet, was die zügige Anklageerhebung gegen eine begrenzte Zahl an Hauptakteuren des Bürgerkrieges ermöglichte. Zu den Angeklagten zählten der damalige Innenminister und ehemalige Chef der CDF, Sam Hinga Norman, der Führer der RUF, Foday Sankoh, Sam Bockarie, eine weitere Führungspersonlichkeit der Rebellenorganisation, Johnny Paul Koroma, ehemaliger Chef des AFRC und Präsidentschaftskandidat der PLP sowie der Präsident des Nachbarlandes Liberia, Charles Taylor. Dennoch – oder möglicherweise verstärkt durch sein mächtiges physisches Erscheinungsbild – wird er als eine „*enclave institution*“ wahrgenommen. Als solche scheint der Sondergerichtshof eher den Interessen der internationalen Gemeinschaft (etwa zur Umgehung des Internationalen Strafgerichtshofes durch die USA) als der sierra-leonischen Bevölkerung zu dienen (Sesay und Hughes, 2005, S. 71-73).

So wird befürchtet, dass der Vorbildcharakter des *Special Court* für das nationale Rechtssystem über die Hauptstadt hinaus sehr gering sein wird. Vielmehr werden die enorme Diskrepanz der für beide Systeme bereitgestellten Mittel und der vorübergehende Charakter des *Special Court* kritisiert (Wierda, 2006, S. 200). Zwar ist es für eine abschließende Bewertung seiner Arbeit noch zu früh,²³ doch es ist wahrscheinlich, dass seine Bedeutung in erster Linie über die Landesgrenzen Sierra Leones hinausreichen

²³ So hat beispielsweise der Prozess gegen Charles Taylor erst im Juni 2007 begonnen (Böhm 2007).

wird. Da mit Charles Taylor ein mutmaßlicher Hauptfinanzier der RUF angeklagt ist, wird ein Signal an andere Diktatoren und Kriegsherren erwartet, dass auch sie in Zukunft zur Rechenschaft gezogen werden könnten (Raupp, 2007). Lokale Aktivisten kritisieren, dass dies die wirkliche Intention internationaler Geber gewesen sei:

This explains why the Special Court, a one-time institution that will try about two dozen people, will consume \$58 million while the Office of the Ombudsman, a permanent state-level institution that many more citizens relate with regularly for human rights protection, has not received a thousand dollars from the international community (zitiert in Sesay und Hughes, 2005, S. 82).

Die beiden Schwerpunkte internationaler Unterstützung im Bereich der Menschenrechte haben daher aufgrund ihrer Zielsetzung (im Falle des *Special Court*) und aufgrund mangelnden *ownership* durch die Regierung (im Falle der TRC) lediglich einen begrenzten Einfluss auf die Rechtsstaatlichkeit und die demokratische Friedenskonsolidierung in Sierra Leone.

Auf der Ebene der Zivilgesellschaft hat die internationale Unterstützung zur Entstehung zahlreicher lokaler NGOs und Menschenrechtsinitiativen beigetragen, die u.a. weiterhin auf eine Umsetzung der Empfehlungen der TRC drängen. Doch ähnlich wie im Bereich der Wahlen erwies sich die internationale Unterstützung für diese Organisationen als unzureichend (Creighton-Randall, 2006) und nur wenige Organisationen verfügen über ein kohärentes Mandat, tragfähige Strukturen und eine nationale Reichweite. Dies scheint nicht zuletzt durch die Struktur externer Unterstützung bedingt zu sein, da jene NGOs, welche die Situation vor Ort überwachen und die Regierung durch Lobbying beispielsweise zur Reform undemokratischer, diskriminierender Gesetze drängen sollten, sich häufig nur ihren jeweiligen Finanziers gegenüber verantwortlich zeigen. Ihr Einfluss auf die Menschenrechtssituation und damit auf den

Erfolg der demokratischen Friedenskonsolidierung bleibt daher gering, solange „*the sole purpose of monitoring is to report to donors*“ (Sesay und Hughes, 2005, S. 79).

Im Bereich der durch externe Demokratisierungshilfe unterstützten Gesetzesreformen ist der Local Government Act hervorzuheben, der die Wahlen auf Distriktebene durch eine Reform lokaler Administrationsstrukturen erst ermöglicht hat. Den 149 *paramount chiefs* als sehr dezentralen Autoritäten stehen nun seit 1972 erstmals wieder 19 gewählte Räte als Regierungsorgane der Distrikte bzw. Städte gegenüber (Jackson, 2007). Forderungen nach der Institutionalisierung einer stärkeren Repräsentation von Frauen und Jugendlichen in diesen Gremien hat die Regierung allerdings nicht stattgegeben (Nickson, 2004) und insbesondere das Wahlrecht für die *chieftaincy*-Wahlen bildete keinen Bestandteil der Reform. *Paramount chiefs* werden nicht in allgemeinen, direkten Wahlen, sondern über ein Gremium von Wahlmännern gewählt, zu dem nur Steuern zahlende Bürger, *de facto* überwiegend Männer, Zugang haben. Das passive Wahlrecht ist Mitgliedern bestimmter Familien, sog. *ruling houses*, vorbehalten (GoSL, 2002), so dass die Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen und Frauen insgesamt deutlich eingeschränkt bleiben.

Die Wiedereinsetzung der *chiefs*, die für viele Missstände in ländlichen Gebieten verantwortlich gemacht werden, wird daher von einigen Beobachtern in Frage gestellt: „One question that arises is whether emphasizing the return of the Paramount Chiefs during the initial surge to restore State authority was the appropriate strategy.“ (Kaldor und Vincent, 2006, S. 25). Rückblickend stellt sich diese Maßnahme weniger als ein Bestandteil der Demokratisierungsagenda, denn als ein Resultat der „*Security First*“-Strategie zur Herstellung des staatlichen Gewaltmonopols dar.

Mit dem *Local Government Act* sollten hingegen gezielt intermediäre Strukturen geschaffen und die Zentralisierung der Macht

in Freetown ausbalanciert werden. Bisher verlief die Übertragung von Verantwortung von den Ministerien auf die Distrikträte jedoch für viele Beobachter erwartungsgemäß schleppend. Dort, wo eine solche Dezentralisierung von Aufgaben bereits stattgefunden hat, wie in den Bereichen Bildung und Gesundheit, mangelt es den lokalen Regierungsstrukturen an Ressourcen und Kapazitäten, ihre neuen Aufgaben verantwortlich und effektiv wahrzunehmen. Hauptprobleme sind diesbezüglich der Mangel an qualifiziertem Personal sowie ungeklärte Finanzierungsfragen. Zudem bleibt der Zugang zu Distrikträten für eine Mehrheit von Bürgern stark eingeschränkt, da sie kein Englisch sprechen und nicht lesen und schreiben können (Jackson, 2005, 2007; Fanthorpe, 2006; Albrecht und Malan, 2006, S. 43-55). Die angestrebte Partizipation der Bevölkerung konnte mit dem Gesetz daher nicht verwirklicht werden.

Ebenso bleibt der *Local Government Act*, der unter Zeitdruck verabschiedet wurde (Thomson, 2007, S. 23), hinsichtlich der Aufgabenteilung zwischen *chiefs* und Distrikträten oft unklar, was Spannungen zwischen diesen beiden Akteursgruppen verstärkt hat. Kompetenzgerangel und Konkurrenz um Macht und Ressourcen betreffen auch die Beziehungen zwischen den Distrikträten und den Ministerien, die sich der Dezentralisierung z.T. nur zögerlich widmen (Jackson, 2007; Fanthorpe, 2006). Folglich erscheint die Einschätzung, die Regierung setze das Gesetz „in letter and spirit“ um (IRCBP, 2007, S. 13), als zweifelhaft. Vielmehr ist Jackson beizustimmen, der vermutet, die Aussicht auf finanzielle Unterstützung habe Regierungsvertreter motiviert, „[to] say the right things“ (Jackson, 2007, S. 102). Auch andere Beobachter beurteilen die Reform skeptisch: „[T]here is a very real danger, that in its present form, decentralization will simply create new platforms for the old politics, and that the rural poor will be locked, as before, into a desperate scramble for elite patronage.“ (Fanthorpe, 2006, S. 47).

Verzögerungen in ihrer Umsetzung und offene Fragen hinsichtlich der Machtverhältnisse beeinträchtigen daher den Erfolg der Reform, die ursprünglich als Reaktion auf die Bedeutung der Machtkonzentration für den Ausbruch des Bürgerkrieges konzipiert wurde. Erst nach und nach wurde auch für die externen Unterstützer deutlich, dass ein ebenso wesentlicher Faktor der Gewalt in lokalen Missständen lag. Folglich entstand auch innerhalb der Gebergemeinschaft das Interesse, über reine Dezentralisierungsbemühungen hinaus lokale Regierungsstrukturen grundlegend zu reformieren (Fanthorpe, 2006, S. 32-34). Die Einsicht, „[i]n general, there is a relative lack of understanding about how justice and governance systems function at a community level [...]“ (World Bank, 2006, S. 2), ist ein erster Schritt, erfolgt jedoch relativ spät.

Eine zentrale Neuerung des internationalen Vorgehens besteht in dem Ansatz, im Rahmen des Weltbank-Konzeptes *Justice for the Poor* lokale Regierungsstrukturen und Rechtssprechungsinstanzen als ein interdependentes Phänomen zu behandeln (World Bank, 2006). Die große Mehrheit der Sierra Leoneer greift bei Rechtsstreitigkeiten i.d.R. auf die Rechtssprechung von *chiefs* und anderen traditionellen Autoritäten und nicht auf das formale Justizsystem zurück. Dies geschieht v.a. aufgrund der mangelnden Erreichbarkeit der *Magistrate Courts* (welche nach britischem *common law* urteilen), der Identifikation mit dem *customary law* und trotz inhärenter Probleme:

There seems to be a general sentiment among the people that the rich will always get justice, but the poor will be denied. Stories of chiefs' partisanship, favouritism, nepotism, and unaccountability seem to be prevalent knowledge among the people. While going to the chief may be a better option from taking a case to the local court or to the SLP, bribes and unfounded rulings are expected nonetheless. (Alterman et al., 2002, S. 28).

Das neue Konzept der Weltbank erscheint daher von größerer unmittelbarer Relevanz für die Bevölkerung als etwa der mit erheblichem Aufwand eingesetzte *Special*

Court for Sierra Leone. Zunächst bedeutet die Rückkehr zum System der paramount chiefs und ihrer oft willkürlichen und unfairen Rechtssprechung in vielen ländlichen Gebieten jedoch eine Rückkehr zu der durch die Verhängung willkürlicher Strafen geprägten Vorkriegssituation (Jackson, 2005, S. 45).

Medien

Bezüglich der Medien lässt sich festhalten, dass sie ihre Rolle als vierte Gewalt und ihr verfassungsmäßiges Recht auf Kritik an der Regierungsführung und Offenlegung von Amtsmissbrauch nur eingeschränkt wahrnehmen (können). Durch internationale Unterstützung haben sich die Anzahl und die Reichweite von Radioprogrammen deutlich erhöht und insbesondere während der Vorbereitung von Wahlen dienten die verschiedenen Rundfunkstationen als zentrales Instrument der Wähleraufklärung. Zugleich wurde versäumt, auch das regulative Umfeld zu reformieren und die neu gegründete *Independent Media Commission* erwies sich vielmehr als ein Instrument der Regierung zur Einschränkung der Berichterstattung (Sesay und Hughes, 2005, S. 35 und S. 103-104). Kritische Journalisten fordern insbesondere die Revision des *Public Order Act* von 1965, der u.a. Verleumdung und Volksverhetzung unter Strafe stellt, und auf dessen Grundlage in der Vergangenheit zahlreiche Journalisten verhaftet wurden. Auch in jüngerer Zeit gab es Verhaftungen und politische Einflussnahme auf die Schließung bestimmter Medien sowie einen Fall politisch motivierter Gewalt gegen den Herausgeber einer Zeitung (Albrecht und Malan, 2006, S. 104; BTI, 2006; Amnesty International, 2006, 2007). Beides nährt Zweifel am demokratischen Selbstverständnis der Regierung und verdeutlicht deren Bereitschaft, ihre Politik durchaus auch auf der Grundlage undemokratischer Gesetze zu verfolgen.

4. Die Bilanz: Zwischen Akklamation und Ernüchterung

Die obigen Ausführungen machen deutlich, dass die Bilanz der ersten Jahre *democratic peacebuilding* in Sierra Leone sehr ambivalent ausfällt. Die Urteile von Analysten und Beobachtern offenbaren Akklamation und Ernüchterung zugleich.

Als Nachkriegsgesellschaft bestanden für Sierra Leone besondere Hürden, die während des Demokratisierungsprozesses überwunden werden mussten. Vor allem zeigte sich, dass in vielen Bereichen grundlegende Strukturen völlig neu geschaffen werden mussten, beispielsweise in Fragen der Infrastruktur und Ausstattung der Sicherheitsorgane und der Administration mit grundlegenden materiellen Ressourcen wie Fahrzeugen, Arbeitsausrüstung und Gebäuden. Die Erfahrungen mit den undemokratischen Institutionen der Kolonialzeit und der Periode seit der Unabhängigkeit haben bis heute Einfluss auf den Umgang vieler Menschen mit der Justiz und auf ihre Einstellung gegenüber der Polizei und anderen staatlichen Institutionen. Gesellschaftliche Brüche zeigten sich anlässlich der Wahlen von 2002 insbesondere in der Frage der Loyalität von Armeeangehörigen gegenüber der Regierung, die im Krieg auf alternative Sicherheitsanbieter zurückgegriffen hatte. Inwiefern sich das Abstimmungsverhalten der Armee bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen des Jahres 2007 gegenüber 2002 verändert hat, ist jedoch nicht bekannt. Bezüglich der größten Herausforderung, der extrem angespannten Sicherheitslage in den letzten Kriegs- und den Folgejahren, hat die internationale Gemeinschaft erhebliche Anstrengungen unternommen und mit den Reformbemühungen von Polizei und Armee große Erfolge erzielt.

In gewisser Hinsicht hat die internationale Gemeinschaft aus früheren Erfahrungen gelernt und die Wahlen 2002 erst nach der Entwaffnung und Demobilisierung ehemaliger

Kombattanten durchgeführt. Folglich scheint es, als habe sie das Dilemma, den richtigen Zeitpunkt für die ersten Nachkriegswahlen abzapassen, erfolgreich gelöst. Angesichts des Drucks, welcher von externen Akteuren auf die Opposition ausgeübt wurde, das Wahlergebnis 2002 trotz einiger Unregelmäßigkeiten zu akzeptieren, muss diese generalisierende Einschätzung jedoch eingeschränkt werden. Fraglich erschien hier zunächst, welchen langfristigen Einfluss dies auf die NEC und das Vertrauen der Bevölkerung in diese Institution haben würde. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 2007 haben gezeigt, dass die NEC sich von ihrem „*peacebuilding*-Mandat“ gelöst hat (siehe Kasten). Der Extremfall einer Rückkehr zu der durch Manipulation und Gewalt charakterisierten Wahlpraxis der Vorkriegszeit ist, abgesehen von einigen Zwischenfällen, nicht eingetreten.

Die Demokratisierungsagenda der Gebergemeinschaft umfasste zahlreiche Elemente der in Punkt 2.1.2 vorgestellten *peacebuilding*-Strategien. Aus der Analyse ging deutlich hervor, dass die internationale Gemeinschaft einer klaren „*Security First*“-Strategie folgte, die auch Bemühungen um eine Demokratisierung des Sicherheitssektors umfasste.

Doch während insbesondere einige der neuen Rekruten von Polizei und Armee demokratische Normen internalisiert haben, bleiben nicht nur im Bereich der Einstellungen, sondern auch hinsichtlich demokratischer Kontrollmechanismen noch viele Herausforderungen bestehen. Die Steigerung der Effizienz und die Demokratisierung der Justiz waren insgesamt weniger erfolgreich. Zwar gilt Sierra Leone im *Freedom House Index* mittlerweile als „*partly free*“, doch beklagt beispielsweise Amnesty International „*the denial of justice to a large part of the population*“ (Amnesty International, 2006; Freedom House, 2007). Eine grundlegende und weitreichende Reform der Justiz nach dem Beispiel der Polizei steht noch aus. Auch nach der Unterstützung

durch die internationale Gemeinschaft arbeitet die Justiz weitgehend nach den gleichen Mustern wie in der Vergangenheit: „Corruption, inadequately trained and unsuitable personnel and reliance on anti-democratic laws remain the hallmarks of law enforcement.“ (Albrecht und Malan, 2006, S. 108). Auch die Verfolgung von Journalisten auf der Grundlage veralteter Gesetze verdeutlicht, dass historisch gewachsene Charakteristika des politischen Systems weiterhin präsent sind.

Eine der ersten Maßnahmen bestand in der Wiedereinsetzung der *chiefs*, obwohl die mit ihnen assoziierten Missstände zu den Hauptgründen für den Bürgerkrieg gerechnet werden. Selbst wenn dies lediglich eine Übergangslösung bis zur effektiven Implementierung weiterer Dezentralisierungsbemühungen darstellen sollte, wie manche Beobachter mutmaßen (Fanthorpe, 2006, S. 36), offenbart sich darin ein mangelndes Verständnis der internationalen Gemeinschaft für traditionelle Interessenlagen und Machtbeziehungen, das bereits in früheren *peacebuilding*-Missionen konstatiert wurde. Nachdem frühere Lehren diesbezüglich zunächst also nicht verinnerlicht wurden, soll dieses Versäumnis nun im Rahmen des Justice for the Poor-Projektes der Weltbank durch weitere Analysen und Maßnahmen in den Bereichen lokaler Administrationsformen und Rechtssprechung korrigiert werden. Die momentane Situation geht im Wesentlichen auf die Dezentralisierung durch den Local Government Act zurück und wird durch den Ausschluss großer Bevölkerungsgruppen von Politikprozessen geprägt. Im ländlichen Sierra Leone stellen die *chiefs* mangels effektiver Dezentralisierung von Staatsaufgaben und fehlender Fähigkeiten der *Magistrate Courts* erneut die einzige Instanz der Rechtssprechung dar.

Elemente der *peacebuilding*-Strategie zur Förderung der Zivilgesellschaft finden sich zwar auch in den Bemühungen um *democratic peacebuilding* in Sierra Leone wieder, einen Schwerpunkt der Anstrengungen oder sogar

eine „*Civil Society First*“-Strategie stellten sie jedoch nicht dar. Zivilgesellschaftliche Organisationen in den Bereichen Wahlen, Menschenrechte und Medien wurden punktuell unterstützt, ihre Kapazitäten und Institutionalisierung jedoch nicht nachhaltig gestärkt. Auch die Strategien der „*Institutionalization*“ und der „*Liberalization*“ finden ihre Entsprechung in Sierra Leone, jedoch folgte die Auswahl der Institutionen, welche unterstützt wurden, der Logik „*Security First*“. Folglich lagen die Prioritäten der internationalen Gemeinschaft auf der Erzeugung physischer Sicherheit, welche über die Reform von Polizei und Armee erreicht wurde, und der Herstellung eines staatlichen Gewaltmonopols, welches zusätzlich durch die Wiedereinsetzung der *chiefs* realisiert werden sollte. Die politische Liberalisierung beschränkte sich indes hauptsächlich auf die Durchführung der verschiedenen Wahlen, während eine Reform zentraler undemokratischer Gesetze, allen voran des Public Order Act, sowie die Stärkung demokratischer Kontrollmechanismen noch ausstehen. Angesichts mangelnder Effektivität und Kompetenz staatlicher Institutionen wie Behörden oder den Distrikträten fordert auch die Gebergemeinschaft zunehmend eine verantwortlichere Regierungsführung:

Donors became increasingly frustrated by slow progress on the more difficult governance issues – particularly corruption, public financial management and service delivery. [...They] tried a range of methods to accelerate progress including private diplomacy, public statements and conditional aid, but the fundamental problem remains weak capacity and weak ownership of some of the reforms. (Thomson, 2007, S. 30).

Diese Bilanz führt zugleich zu der Frage nach den Ursachen der konstatierten Schwächen. Mangelndes Engagement kann der internationalen Gemeinschaft, die Sierra Leone zu einem Testfall ihrer neuen *peacebuilding*-Architektur erkoren hat, nicht angelastet werden. Eine Schwäche, verstärkt durch den zeitlichen Druck, lag wie bereits

erläutert im unzureichenden Verständnis lokaler Verhältnisse. Der ursprünglich auf die Beseitigung der Machtkonzentration abzielende und den historischen Bedingungen Sierra Leones durchaus angemessene Ansatz der Dezentralisierung verpasste daher eine Chance zur Beseitigung früherer Missstände. Eine Beurteilung darauf aufbauender Bemühungen kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden, doch zeigen sie zumindest in Ansätzen das Bemühen der Gebergemeinschaft um ein fundierteres Verständnis der Situation.

Eine weitere Unzulänglichkeit des internationalen Engagements für *democratic peacebuilding* lag in der Verfolgung verschiedener Agenden, wie sie sich am Beispiel des *Special Court* am deutlichsten ausdrückten. Unabhängig von der ohnehin noch ungewissen Signalwirkung des Sondergerichtshofes auf Kriegsverbrecher in anderen Staaten stellt sich die Frage, ob eine Investition der hierfür freigemachten Mittel in das Rechtssystem Sierra Leones nicht von größerer Relevanz für die demokratische Friedenskonsolidierung in Sierra Leone gewesen wäre.

Das Gesamtbild deutet jedoch darauf hin, dass die Erfolge und Misserfolge der demokratischen Friedenskonsolidierung in Sierra Leone nicht allein auf das Engagement der internationalen Gebergemeinschaft zurückzuführen sind. Interne Faktoren, wie die von Basedau identifizierten Bedingungen Mindestmaß an Staatlichkeit und an Integrität der Eliten, geringes Gewaltniveau und politische Kultur sowie Abwesenheit äußerer, anti-demokratischer Einflussnahmen, haben ebenfalls Einfluss auf die Demokratisierung Sierra Leones. Dank der starken Fokussierung auf die Sicherheitslage in Sierra Leone ist die Bedingung des geringen innergesellschaftlichen Gewaltniveaus erfüllt, während angesichts der dargestellten Schwächen des *democratic peacebuilding* Zweifel an der Erfüllung der anderen Bedingungen

berechtigt scheinen.²⁴ So hat insbesondere die Regierung Sierra Leones erheblichen Einfluss auf die Fortschritte der verschiedenen Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft. Ihre Integrität hängt wiederum mit der historisch gewachsenen politischen Kultur zusammen, die sich nicht innerhalb von fünf Jahren „reformieren“ lässt. Auch die Staatlichkeit Sierra Leones stellt sich in der Analyse weiterhin als unzureichend dar. So bleibt beispielsweise die effektive landesweite Polizeipräsenz eingeschränkt und auch staatliche Dienstleistungen werden aufgrund der Mängel des Dezentralisierungsprozesses auf Distriktebene nur teilweise erbracht.

Angesichts dieser Resultate erscheint die akademische Diskussion um „*Liberalization*“ oder „*Institutionalization First*“ bisweilen äußerst theoretisch und abstrakt. In der Praxis kommt es darauf an, graduelle Ansätze, wie die breit angelegten Reformpakete Großbritanniens in Sierra Leone, durch eine ausgewogene Prioritätensetzung effizient zu implementieren. Institutionalisierungserfolge der Polizei tragen beispielsweise nur dann zu einer genuinen Demokratisierung bei, wenn Straftäter innerhalb eines gewissen Zeitrahmens vor Gericht gestellt und in einem fairen Prozess verurteilt werden können. In Sierra Leone verzögern sich Strafprozesse jedoch häufig, Verhandlungen werden vertagt, die Gefängnisse sind überfüllt (Amnesty International, 2006) und insbesondere im Bereich der Korruptionsbekämpfung führt politische Einflussnahme zu einer lediglich partiellen Anwendung rechtsstaatlicher Normen. Nachdem die ICG bereits vor einigen Jahren auf dieses Problem hinwies (ICG, 2002a, S. 15-17), bestätigen jüngere Berichte die gezielte Instrumentalisierung eingeführter Anti-Korruptionsmechanismen zu politischen Zwecken. So wird

²⁴ Externe Einflüsse, allen voran die Situation in den angrenzenden Staaten Liberia und Guinea lagen außerhalb des Analysefokus dieser Arbeit. Für eine fundierte Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation im Mano River Basin insgesamt vgl. Gibert (2007).

beispielsweise die *Anti Corruption Commission* zur gezielten Verfolgung politischer Gegner genutzt bzw. nehmen Politiker, darunter der ehemalige Präsident Kabbah, Einfluss auf sie, von einer strafrechtlichen Verfolgung bestimmter Persönlichkeiten insbesondere der höheren Hierarchieebenen abzusehen. „[C]lientelism and corruption in the ruling party [...] tend to erode the democratic legitimacy of the institutions.“ (BTI, 2006, S. 7).

Um eine solche Instrumentalisierung für nicht-demokratische Zwecke zu vermeiden, ist es unerlässlich, dass der Sicherheitssektor nicht lediglich wiederaufgebaut wird, sondern dass seine Institutionalisierung mit seiner Demokratisierung einhergeht. Solange jedoch Polizisten schlecht ausgerüstet und bezahlt werden und dort, wo sie präsent sind, untätig bleiben oder von der Bevölkerung Schutzgelder erpressen, wird sich das Vertrauen in diese Institution nicht erhöhen. Zugleich werden sich die Bürger infolge solcher und anderer unrechtmäßiger Ereignisse nicht an die formelle Justiz wenden, sollte diese weiterhin als schlecht zugänglich, politisiert und korrupt wahrgenommen werden. Diese Mängel gelten heute als wesentliche Risikofaktoren (United Nations, 2007a, S. 3). Sollten sie nicht korrigiert werden, könnte dies eine Gefahr für die bereits erreichten Fortschritte der demokratischen Friedenskonsolidierung in Sierra Leone bedeuten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die bisherigen Erfolge, wie die Durchführung weitgehend friedlicher und fairer Wahlen, die Entstehung einer relativ aktiven Zivilgesellschaft und vielfältigen Medienlandschaft, nur unter der Bedingung der Aufrechterhaltung relativer Sicherheit durch die reformierte Polizei und Armee möglich waren und sind. Dennoch hat die demokratische Friedenskonsolidierung in Sierra Leone die Ziele der Partizipation, des *capacity building* und der Rechtsstaatlichkeit nur teilweise erfüllt. Die Mängel in diesen Bereichen sind in der vorliegenden Analyse hinlänglich deutlich geworden. Ein Versagen der Polizei könnte den Friedensprozess ebenso gefähr-

den wie eine Rückkehr zu der autoritären und von Straflosigkeit geprägten Regierungsführung der Vorkriegszeit. Folglich lässt sich die eingangs aufgestellte These bestätigen: Der Erfolg der demokratischen Friedenskonsolidierung in Sierra Leone hängt maßgeblich von der Effizienz und der Demokratisierung des Sicherheitssektors ab.

Bereits zum jetzigen Zeitpunkt lassen sich einige Lehren aus der demokratischen Friedenskonsolidierung in Sierra Leone ziehen, die für die Zukunft von *democratic peacebuilding* auch in anderen Staaten von Bedeutung sein können.

In Sierra Leone hat sich die Verfolgung einer „*Security First*“-Strategie bisher als Erfolg erwiesen. Langfristig wird es jedoch darauf ankommen, die reformierten Strukturen nachhaltig zu demokratisieren. Die analytisch sinnvolle Unterscheidung von Sicherheit, Institutionalisierung, Liberalisierung und Zivilgesellschaftsförderung erweist sich in der Praxis als weniger eindeutig und sollte daher nicht überbetont werden. Vielmehr ist ein holistischer Ansatz der Friedenskonsolidierung notwendig, der Demokratisierung zu einer Querschnittsaufgabe macht. Während es wahrscheinlich ist, dass auch in anderen Postkonfliktgesellschaften „*Security First*“ gelten wird, sollte zu einem Leitbild für internationale Unterstützung werden, was sich zugespitzt als „Demokratie-Mainstreaming“ bezeichnen lässt. Nicht nur solche Maßnahmen, die direkt und explizit auf die Förderung von Partizipation, *capacity building* und Rechtsstaatlichkeit abzielen, sollten sich an demokratischen Normen orientieren. Letztere dürfen insbesondere bei *peacebuilding*-Aktivitäten zur Förderung der Effizienz und der Institutionalisierung staatlicher Institutionen im Sicherheitsbereich und damit auch im Justizwesen nicht vernachlässigt werden.

Dies kann auch dazu beitragen, ein weiteres Dilemma demokratischer Friedenskonsolidierung zu vermeiden, welches das Beispiel Sierra Leone offenbart hat: Die Notwendigkeit von Reformen und schnellen

Erfolgen der Friedenskonsolidierung kann leicht zu einer Missachtung lokaler Gegebenheiten führen. Unter Zeit- und Erfolgsdruck kann die internationale Gemeinschaft versucht sein, Standardlösungen anzubieten, die sich im Nachhinein als unangemessen erweisen. Die nahe liegende Rückkehr zu erprobten Vorkriegsstrukturen wie dem System der paramount chiefs in Sierra Leone kann jedoch nur dann zu einer friedlichen Nachkriegsordnung beitragen, wenn sie mit Reformen einhergeht. Andernfalls kehren mit der vermeintlichen Lösung auch die ursprünglichen Auslöser des Krieges zurück.

Gute Landeskenntnis sollte daher die Bemühungen um eine Konsolidierung des Friedens ebenso bestimmen wie die Demokratisierung der aufzubauenden Institutionen. Dies kann auch die Entscheidung darüber beeinflussen, welche Maßnahmen als Teil der *democratic peacebuilding*-Agenda durchgeführt werden. Die Beantwortung der folgenden (und ähnlicher) Fragen könnte die Auswahl und das Design von Initiativen anleiten: In welchen Bereichen gibt es den größten Bedarf an Arbeitskräften und wie können Reintegrations-Pakete gestaltet werden, um möglichst viele ehemalige Kombattanten zu erreichen? Können bereits vorhandene Mechanismen der Streitbeilegung, der Versöhnung und des Konfliktaustrages von internationalen Unterstützern genutzt und in Projekten adaptiert werden? Letztlich sollte sich die Entscheidung für oder gegen die Durchführung bestimmter Maßnahmen daran orientieren, eine möglichst große Anzahl an Menschen zu erreichen und einen genuinen Beitrag zur demokratischen Friedenskonsolidierung des betreffenden Landes zu leisten. Die Betrachtung historischer Dispositionen im positiven wie im negativen Sinn kann dabei nur eine Hilfe sein.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Abdullah, Ibrahim und Patrick Muana. 1998. "The Revolutionary United Front. A Revolt of the Lumpen Proletariat." In Christopher Clapham, Hrsg. 1998. *African Guerillas*. Oxford: Indiana University Press, S. 172-193.
- Abdullah, Ibrahim und Yusuf Bangura, Hrsg. 1997. "Lumpen Culture and Political Violence: The Sierra Leone Civil War." Sonderausgabe der *Africa Development*, Jg. 22, Heft 3/4.
- Abdullah, Ibrahim, Yusuf Bangura, Cecil Blake, Lansana Gberie, Lemuel Johnson, Kelfala Kallon, Saffa Kemokai, Patrick Muana, Ishmail Rashid und Alfred B. Zack-Williams. 1997. "Lumpen Youth Culture and Political Violence: Sierra Leonans Debate the RUF and the Civil War." In Abdullah und Bangura, S. 171-215.
- Albrecht, Peter und Mark Malan. 2006. "Post-Conflict Peacebuilding and National Ownership: Meeting the Challenges of Sierra Leone." Report of the Second Annual ZIF/KAIPTC Seminar, Accra, Ghana, 01-03. Dezember. <http://www.zif-berlin.org/Downloads/Full_Report_Sierra_Leone_04_06.pdf> (abgerufen am 25.05.2007).
- Alie, Joe. 2000. "Background to the Conflict (1961-1991): What Went Wrong and Why?" In Anatole Ayissi and Robin-Eward Poulton, Hrsg. *Bound to Cooperate: Conflict, Peace and People in Sierra Leone*. Genf: UNIDIR, S. 15-36.
- Altermann, Owen, Aneta Binienda, Sophie Rodella und Kimyia Varzi. 2002. "The Law People See. The Status of Dispute Resolution in the Provinces of Sierra Leone." Freetown: National Forum for Human Rights. <<http://www.sierra-leone.org/lawpeoplesee.pdf>> (abgerufen am 30.06.2007).
- Amnesty International. 2006. Jahresbericht 2006. "Sierra Leone". <<http://web.amnesty.org/report2006/sle-summary-eng>> (abgerufen am 20.06.2007).
- Amnesty International. 2007. Jahresbericht 2007. "Sierra Leone", S. 229-230. <<http://thereport.amnesty.org/document/15>> (abgerufen am 20.06.2007).
- Baker, Bruce. 2006a. "Beyond the State Police in Urban Uganda and Sierra Leone." *Afrika*

Spectrum, Jg. 41, Heft 1, S. 55-76.

- Baker, Bruce. 2006b. "The African post-conflict policing agenda in Sierra Leone." *Conflict, Security and Development*, Jg. 6, Heft.1, S. 25-49.
- Bangura, Yusuf. 1997. "Understanding the Political and Cultural Dynamics of the Sierra Leone War: A Critique of Paul Richard's Fighting for the Rain Forest." In: Abdullah und Bangura, S. 117-148.
- Barnett, Michael, Hunjoon Kim, Madalene O'Donnell und Laura Sitea. 2007. "Peacebuilding: What is in a Name?" *Global Governance*, Jg. 13, Heft 1, S. 35-58.
- Basedau, Matthias, Gero Erdmann und Andreas Mehler, Hrsg. 2007. *Votes, Money and Violence. Political Parties and Elections in Sub-Saharan Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet and Scottsville: University of Kwazulu Press.
- Basedau, Matthias. 2003. *Erfolgsbedingungen von Demokratie im subsaharischen Afrika. Ein systematischer Vergleich ausgewählter Länder*. Opladen: Leske + Budrich.
- Bendaña, Alejandro. 2003. "What Kind of Peace is Being Built? Critical Assessments from the South." Discussion Paper prepared on the occasion of the tenth anniversary of An Agenda for Peace for the International Development Research Centre (IDRC) Ottawa, Canada. <http://www.crdi.ca/uploads/user-S/10515571050Bendana_Final_Version_Mar03.pdf> (abgerufen am 15.03.2007)
- Bertelsmann Transformation Index. 2006. "Sierra Leone." <<http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/en/2006/WesternAndCentralAfrica/SierraLeone.pdf>> (abgerufen am 24.06.2007).
- Böhm, Andrea. 2007. "Brandstifter von Afrika." *Zeit*, 24.05., S. 17-22.
- Brown, Stephen. 2005. "Foreign Aid and Democracy Promotion: Lessons from Africa." *European Journal of Democracy Research*, Jg. 17, Heft 2, S. 179-198.
- Brzoska, Michael, Hans J. Gießmann, Heiner Hänggi, Heinz-Dieter Jopp, Erwin Müller und Andreas Prüfert. 2005. *Sicherheit und Frieden*, Jg. 23, Heft 3, Themenschwerpunkt: Sicherheitssektorreform.
- BTI, siehe Bertelsmann Transformation Index.
- Burnell, Peter, Hrsg. 2000a. *Democracy Assistance. International Co-operation for Democratization*. London/Portland: Frank Cass Publishers.
- Burnell, Peter. 2000b. "Democracy Assistance: The State of the Discourse." In Burnell, 2000a, S. 3-33.
- Burnell, Peter. 2000c. "Democracy Assistance: Origins and Organizations." In Burnell, 2000a, S. 34-64.
- Burnell, Peter. 2004. "Democracy Promotion: The Elusive Quest for Grand Strategies." *Internationale Politik und Gesellschaft*, Jg. 7, Heft 3, S. 100-116.
- Burnell, Peter. 2006. "The Coherence of Democratic Peacebuilding." Research Paper Nr. 2006 / 147, UNU-WIDER. <<http://www.wider.unu.edu/publications/rps/rps2006/rp2006-147.pdf>> (abgerufen am 15.03.2007).
- Buxton, Julia. 2006. "Securing Democracy in Complex Environments." *Democratization*, Jg. 13, Heft 5, S. 709-723.
- Campaign for Good Governance, o.J. "Opinion Poll Report on the TRC and the Special Court." <<http://www.slccg.org/opinionpoll.pdf>> (abgerufen am 24.06.2007).
- Carothers, Thomas. 2007. "How Democracies Emerge. The 'Sequencing' Fallacy." *Journal of Democracy*, Jg. 18, Heft 1, S. 12-27.
- CGG, siehe Campaign for Good Governance.
- Coker, Patrick. 2003. "The role of the media and public information." In Malan et al., S. 77-88.
- Collier, Paul und Anke Hoeffler. 1998. "On Economic Causes of Civil War." *Oxford Economic Papers* Jg. 50, Heft 4, S. 563-573.
- Creighton-Randall, Olayinka. 2006. "The role of the International Community in Supporting Democratization Processes and Why it Matters for Human Security: the Case of Sierra Leone." In Judith Large und Timothy D. Sisk, Hrsg. *Democracy, Conflict and Human Security: Further Reading*, Volume 2, IDEA. <http://www.idea.int/publications/dchs/upload/dchs_vol2_sec6_1.pdf> (abgerufen am 15.05.2007).
- Cubitt, Pamela Christine. 2006. "Democratizing the Post-Conflict Environment: Has International Electoral Assistance Improved the 'Spirit of Democracy' in War-Torn Sierra Leone – A Study of the 2002 Presidential Elections." Master in Research Methods Dissertation, University of Bradford.

- Daniel, John und Roger Southall. 1999. "Conclusion: false dawn for democratic opening?" In John Daniel, Roger Southall und Morris Szeftel, Hrsg. 1999. *Voting for Democracy. Watershed Elections in Contemporary Anglophone Africa*. Ashgate / Aldershot / Brookfield USA / Singapore / Sidney, S. 238-247.
- Davies-Venn, Michael. 2007. "A new Independent and credible National Electoral Commission in Sierra Leone." UNIOSIL. <<http://www.uniosil.org/images/unct/NECphotoreport160507final.pdf>> (abgerufen am 21.05.2007).
- de Zeeuw, Jeroen. 2005. "Projects Do Not Create Institutions: The Record of Democracy Assistance in Post-Conflict Societies." *Democratization*, Jg.12, Heft 4, August 2005, S. 481-504.
- de Zeeuw, Jeroen und Krishna Kumar, Hrsg. 2006. *Promoting Democracy in Postconflict Societies*. Boulder: Lynne Rienner Publishers
- Debiel, Tobias. 2003. *UN-Friedensoperationen in Afrika. Weltinnenpolitik und die Realität von Bürgerkriegen*. Bonn: J.H.W. Dietz Verlag.
- Diamond, Larry. 2005. "Democracy, Development and Good Governance: The Inseparable Links." Speech at the Maiden Annual Democracy and Governance (Kronti ne Akwamu) Lecture of the Ghana Center for Democratic Development, British Council Hall, Accra, Ghana, 01. März. <<http://www.cddghana.org/documents/Lecture%20by%20Larry%20Diamond.pdf>> (abgerufen am 29.05.2007).
- Diamond, Larry. 2006. "Promoting Democracy in Post-Conflict and Failed States. Lessons and Challenges." *Taiwan Journal of Democracy*, Jg. 2, Heft 2, S. 93-116. <<http://www.tfd.org.tw/docs/dj0202/05%20Larry%20Diamond.pdf>> (abgerufen am 29.05.2007).
- Doyle, Michael W. 2007. "The John W. Holmes Lecture: Building Peace." *Global Governance*, Jg.13, Heft 1, S. 1-15.
- Ebo, Adedeji. 2006. "The challenges and lessons of security sector reform in post-conflict Sierra Leone." *Conflict, Security and Development*, Jg. 6, Heft 4, S. 481-501.
- Eide, Espen Barth, Anja Therese Kaspersen, Randolph Kent und Karen von Hippel. 2005. "Report on Integrated Missions: Practical Perspectives and Recommendations." Independent Study for the Expanded UN ECHA Group. <<http://ochaonline.un.org/GetBin.asp?DocID=3352>> (abgerufen am 13.03.2007).
- Erdmann, Gero und Ulf Engel. 2006. "Neopatrimonialism Revisited – Beyond a Catch-All Concept." *GIGA Working Papers* Nr. 16. <http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/pdf/wp16_erdmann-engel.pdf> (abgerufen am 22.06.2007)
- Erdmann, Gero. 2001. „Demokratisierung und Demokraten in Afrika – Zwischenbilanz nach einem Dezennium.“ In Institut für Afrika-Kunde, Hrsg. *Afrika-Jahrbuch 2000*, Opladen, S. 36-47.
- EUEOM, siehe European Union Election Observation Mission.
- European Union Election Observation Mission Republic of Sierra Leone. 2007a. "Statement of Preliminary Findings and Conclusions". Freetown, 13. August. <http://www.eueomsierraleone.org/PDF/EU_EOM_Sierra_Leone_Preliminary_statement.pdf> (abgerufen am 19.11.2007)
- European Union Election Observation Mission Republic of Sierra Leone. 2007b. "Statement of Preliminary Findings and Conclusions". Freetown, 10. September. <http://www.eueomsierraleone.org/PDF/EU_EOM_Sierra_Leone_Second_Preliminary_statement.pdf> (abgerufen am 19.11.2007)
- Fanthorpe, Richard. 2006. "On the Limits of the Liberal Peace: Chiefs and Democratic Decentralization in Post-War Sierra Leone." *African Affairs*, Jg. 105, Heft 418, S. 27-49.
- Ferdowsi, Mir A. und Volker Matthies. 2003. „Kriege, Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung.“ In Mir A. Ferdowsi und Volker Matthies, Hrsg. *Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften*. Bonn, Dietz. S. 14-40.
- Freedom House. 2007. Freedom in the World, Sierra Leone. <<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=7268&year=2007>> (abgerufen am 03.07.2007).
- Gallagher, Dennis und Anna Schowengerdt. 1998. "Participation of Refugees in Postconflict Elections." In Krishna Kumar, Hrsg. 1998a, S. 195-213.
- Gbla, Osman. 2006. „Security Sector Reform under International Tutelage in Sierra Leone.“ *International Peacekeeping*, Jg. 13, Heft. 1, S. 78-93.

- Geis, Anna. 2001. „Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den ‚demokratischen Frieden‘.“ *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 42, Heft 2, S. 282-298.
- Gibert, Marie. 2007. „Monitoring a region in crisis: the European Union in West Africa.“ *Chaillot Paper* 96. Paris: Institute for Security Studies.
- Ginifer, Jeremy. 2003. „Prioritising reintegration.“ In Malan et al., S. 39-52.
- Ginifer, Jeremy. 2006. „The Challenge of the Security Sector and Security Reform Process in Democratic Transitions: The Case of Sierra Leone.“ *Democratization*, Jg. 13, Heft 5, S. 791-810.
- GoSL, siehe Government of Sierra Leone.
- Government of Sierra Leone. 2002. Government Statement. „Conduct of Paramount Chieftaincy Elections“, November. <<http://www.sierra-leone.org/gosl110602.html>> (abgerufen am 09.07.2007).
- Government of Sierra Leone. 2003. „Sierra Leone National Youth Policy.“ <http://www.daco-sl.org/encyclopedia/3_strat/3_2/National_Youth_Policy.pdf> (abgerufen am 07.07.2007).
- Government of Sierra Leone. 2005. „Poverty Reduction Strategy Paper. A National Programme for Food Security, Job Creation and Good Governance (2005-2007).“ <http://www.daco-sl.org/encyclopedia/2_coord/2_6/PRSP_Final_Draft.pdf> (abgerufen am 28.06.2007).
- Gyimah-Boadi, E., Hrsg. 2004a. *Democratic Reform in Africa. The Quality of Progress*. Boulder und London: Lynne Rienner Publishers.
- Gyimah-Boadi, E. 2004b. „Civil Society and Democratic Development.“ In Gyimah-Boadi, 2004a, S. 99-119.
- Gyimah-Boadi, E. 2004c. „The Quality of Political Reform.“ In Gyimah-Boadi, 2004a, S. 5-27.
- Hänggi, Heiner. 2005. „Sicherheitssektorreform (SSR) Konzept und Kontexte.“ In Brzoska et al., S.119-125.
- Hanlon, Joseph. 2005. „Is the International Community Helping to Recreate the Pre-Conditions for War in Sierra Leone?“ UNU-WIDER, *Research Paper* Nr. 2005/50. <<http://www.wider.unu.edu/publications/rps/rps2005/rp2005-50.pdf>> (abgerufen am 25.06.2007).
- Hearn, Julie und Mark Robinson. 2000. „Civil Society and Democracy Assistance in Africa.“ In Burnell, Hrsg. 2000a, S. 241-262.
- Hirsch, John L. 2001. „Sierra Leone. Diamonds and the Struggle for Democracy.“ International Peace Academy *Occasional Paper Series*. Boulder und London: Lynne Rienner Publishers.
- Humphreys, Macartan und Jeremy Weinstein. 2004. „What the Fighters Say: A Survey of Ex-Combatants in Sierra Leone.“ Center on Globalization and Sustainable Development *Working Paper* 20. <http://www.earthinstitute.columbia.edu/cgsd/documents/humphreys_combatantsurvey.pdf> (abgerufen am 21.05.2007).
- Huntington, Samuel. 1991. *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman: University of Oklahoma Press.
- ICG, siehe International Crisis Group.
- IMF/IDA, siehe International Monetary Fund und International Development Association.
- Institutional Reform and Capacity Building Project. 2007. „Sierra Leone, Mid-Term Review Report.“ 15. 02. <http://www.ircbp.sl/drwebsite/uploads/ircbpmtrmainreportonly-finalfeb152007_2_.doc> (abgerufen am 29.06.2007).
- International Crisis Group. 2002a. „Sierra Leone after Elections: Politics as Usual?“ ICG *Africa Report* 49, 12.07.2002, Freetown und Brüssel. <http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400698_15072002.pdf> (abgerufen am 03.05.2007).
- International Crisis Group. 2002b. „Sierra Leone’s Truth and Reconciliation Commission: A Fresh Start?“ Africa Briefing, 20.12.2002, Freetown und Brüssel. <http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400858_20122002.pdf> (abgerufen am 03.05.2007).
- International Crisis Group. 2003. „Sierra Leone: The State of Security and Governance.“ ICG *Africa Report* 67, 02.09, Freetown und Brüssel. <http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A401113_02092003.pdf> (abgerufen am 03.05.2007).
- International Crisis Group. 2004. „Liberia and Sierra Leone: Rebuilding Failed States.“ ICG *Africa Report* 87, 08.12.2004, Dakar und Brüssel. <http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/west_africa/087_liberia_and_sierra_leone_rebuilding_failed_states.pdf> (abgerufen am 3.11.2005).

- International Crisis Group. 2007. "Sierra Leone: The Election Opportunity." ICG *Africa Report* 129, 12.07., Dakar und Brüssel. <http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/west_africa/129_sierra_leone_the_election_opportunity.pdf> (abgerufen am 12.07.2007).
- International Monetary Fund und International Development Association. 2002. "Sierra Leone, Enhanced Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative." Decision Point Document, 15.02. <<http://www.imf.org/external/np/hipc/2002/sle/sledp.pdf>> (abgerufen am 28.6.2007).
- IRCBP, siehe Institutional Reform and Capacity Building Project.
- Jackson, Paul. 2005. "Chiefs, Money and Politicians: Rebuilding Local Government in Post-War Sierra Leone." *Public Administration and Development*, Jg. 25, Heft 1, S. 49-58.
- Jackson, Paul. 2007. "Reshuffling an Old Deck of Cards? The Politics of Local Government Reform in Sierra Leone" *African Affairs*, Jg. 102, Heft 422, S. 95-111.
- Justice Sector Development Programme. 2006. "Justice Sector Survey 2006." <http://www.daco-sl.org/encyclopedia/1_gov/1_4/JSDP/jsdp_survey_2006.pdf> (abgerufen am 29.06.2007).
- JSDP, siehe Justice Sector Development Programme
- Kabbah, Ahmad Tejan. 2002. Speech by the President of Sierra Leone His Excellency, Alhaji Dr. Ahmad Tejan Kabbah at the ceremony marking the conclusion of disarmament and the destruction of weapons, 18.01., Lungi. <<http://www.sierra-leone.org/kabbah011802.html>> (abgerufen am 22.06.2007).
- Kaldor, Mary und James Vincent. 2006. "Evaluation of UNDP Assistance to Conflict-Affected Countries, Human Security, Case Study Sierra Leone." <<http://www.undp.org/eo/documents/thematic/conflict/SierraLeone.pdf>> (abgerufen am 24.06.2007).
- Kandeh, Jimmy D. 1999. "Ransoming the State: Elite Origins of Subaltern Terror in Sierra Leone." *Review of African Political Economy* Jg. 26, Heft 81, S. 349-66.
- Kandeh, Jimmy D. 2003. "Sierra Leone's post-conflict elections of 2002." *Journal of Modern African Studies*, Jg. 41, Heft 2, S. 189-216.
- Keen, David. 2003. "Greedy Elites, Dwindling Resources, Alienated Youths. The Anatomy of Protracted Violence in Sierra Leone." *Internationale Politik und Gesellschaft* 2/2003, S. 67-94.
- Keen, David. 2005. *The Best of Enemies: Conflict and Collusion in Sierra Leone*. Oxford: James Currey und New York: Palgrave.
- Klay Kieh, George. 2005. "State-Building in Post-Civil War Sierra Leone." *African and Asian Studies*, Jg. 4, Heft 1-2, S.163-185.
- Klein, Stefan. 2007. "Der Herr der Schlächter. Grausamkeiten ohne Grenzen: in den Haag beginnt der Kriegsverbrecher-Prozess gegen Charles Taylor." *Süddeutsche Zeitung*, 01.06., S. 3.
- Kühne, Winrich. 2005. "UN-Friedenseinsätze in einer Welt regionaler und globaler Sicherheitsrisiken. Entwicklung, Probleme und Perspektiven." *ZfA Analyse* 06/05. <http://www.zif-berlin.org/Downloads/Friedenseinsaetze_Entwicklung_Probleme_Perspektiven.pdf> (abgerufen am 12.06.2007).
- Kumar, Krishna und Jeroen de Zeeuw. 2006. "Democracy Assistance to Postconflict Societies." In de Zeeuw und Kumar, S. 1-21.
- Kumar, Krishna, Hrsg. 1998a. *Postconflict Elections, Democratization, and International Assistance*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Kumar, Krishna und Martina Ottaway. 1998. "General Conclusions and Priorities for Policy Research." In Kumar, 1998a, S. 229-237.
- Kumar, Krishna, 1998b. "After the Elections: Consequences for Democratization." In Kumar, 1998a, S. 215-227.
- Kumar, Krishna, 1998c. "Postconflict Elections and International Assistance." In Kumar, 1998a, S. 5-14.
- Lamin, Adul Rahman. 2004. "Post-Conflict Elections, Peacebuilding and Democracy Consolidation in Sierra Leone." *Journal of African Elections*, Jg. 3, Heft 1, S. 120-139.
- Lezhnev, Sasha. 2005. "Sierra Leone: The Long Road to Peace." In Sasha Lezhnev. *Crafting Peace. Strategies to Deal with Warlords in Collapsing States*. Oxford: Lexington Books, S. 25-49.
- Lipset, Seymour Martin. 1960. *Political Man. The Social Bases of Politics*. London, Melbourne und Toronto: Heinemann.

- Lomé Agreement, siehe Lomé Peace Agreement.
- Lomé Peace Agreement. 1999. In John L. Hirsch. 2001. *Sierra Leone. Diamonds and the Struggle for Democracy*. Boulder / London, S. 135-157.
- Malan, Mark, Sarah Meek, Thokozani Thusi, Jeremy Ginifer und Patrick Coker, Hrsg. 2003. *Sierra Leone. Building the Road to Recovery*. ISS Monograph Nr. 80, Pretoria.
- Matthies, Volker, Hrsg. 1995. *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*. Bremen.
- Meek, Sarah. 2003. "Policing in Sierra Leone." In Malan et al., S. 105-116.
- Miall, Hugh, Oliver Ramsbotham und Tom Woodhouse. 2003. *Contemporary Conflict Resolution. The prevention, management and transformation of deadly conflicts*. Malden.
- Müller, Harald. 2002. „Antinomien des demokratischen Friedens.“ *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 43, Heft 1, S. 46-81.
- National Electoral Commission. 2007. "Final Results Report for the Elections of the President, Vice-President and Parliament on 11 August 2007." 25. August. <<http://necsierraleone.org/FinalResults.pdf>> (abgerufen am 19.09.2007)
- NEC, siehe National Electoral Commission.
- Nickson, Andrew. 2004. "Local Government Elections in Sierra Leone." The International Development Department-News, University of Birmingham. <<http://www.idd.bham.ac.uk/news/LG%20Elections%20article%20for%20web site.pdf>> (abgerufen am 25.06.2007).
- Nord, Antonie. 2002. "Demokratie." In Jacob E. Mabe, Hrsg. 2002. *Das kleine Afrika-Lexikon. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Wuppertal / Stuttgart, S. 33-36.
- OECD, siehe Organisation for Economic Co-operation and Development.
- Ohlson, Thomas und Mimmi Söderberg. 2002. "From Intra-State War to Democratic Peace in Weak States." *Uppsala Peace Research Papers* Nr. 5, Department of Peace and Conflict Research, Uppsala Universität. <http://www.pcr.uu.se/publications/UPRP_pdf/UPRP_NO_5.pdf> (abgerufen am 24.05.2007).
- Organisation for Economic Co-operation and Development. 2007. *OECD DAC Handbook on Security Sector Reform. Supporting Security and Justice*. <<https://www.oecd.org/dataoecd/43/25/38406485.pdf>> (abgerufen am 20.06.2007).
- Paris, Roland. 2004. *At War's End. Building Peace after Civil Conflict*. Cambridge.
- Peters, Krijn. 2007. "From weapons to wheels: young Sierra Leonean ex-combatants become motorbike taxi-riders." *Journal of Peace, Conflict & Development*, o. Jg., o. Heftnummer, S. 1-22. <www.peacestudiesjournal.org.uk/docs/Sierra%20Leonean%20ex-combatants%20FINAL%20EDIT.pdf> (abgerufen am 15.05.2007).
- Rashid, Ishmail. 1997. „Subaltern Reactions: Lumpens, Students and the Left.“ In Abdullah und Bangura, S. 15-43.
- Raupp, Judith. 2007. „Abschreckende Wirkung. Prozess gegen Charles Taylor ist Warnung an Despoten.“ *Süddeutsche Zeitung*, 26.06., S. 8.
- Reilly, Benjamin. 2004. "Electoral Assistance and Post-Conflict Peacebuilding. What Lessons Have Been Learned?" Paper Presented at the WIDER Conference on Making Peace Work, 04.-05.06., Helsinki. <www.wider.unu.edu/conference/conference-2004-1/conference%202004-1-papers/Reilly-2505.pdf> (abgerufen am 23.04.2007).
- Reno, William. 1995. *Corruption and State Politics in Sierra Leone*. Cambridge.
- Reno, William. 2003a. "Political Networks in a Failing state. The Roots and Future of Violent Conflict in Sierra Leone." *Internationale Politik und Gesellschaft*, Jg. 6, Heft 2, S. 44-66.
- Reno, William. 2003b. "Sierra Leone: Warfare in a Post-State Society." In Robert I. Rotberg, Hrsg. *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*. Brookings Institution. Washington, S. 71-100.
- Revolutionary United Front. 1995. *Footpaths to Democracy. Toward a New Sierra Leone*. <www.sierra-leone.org/footpaths.html> (abgerufen am 03.06.2007)
- Richards, Paul. 2002. *Fighting for the Rainforest – War, Youth & Resources in Sierra Leone*. Oxford / Portsmouth.
- Richards, Paul. 2005. "To Fight or to Farm? Agrarian Dimensions of the Mano River Conflicts (Liberia and Sierra Leone)." *African Affairs*, Jg. 104, Heft 417, S. 571-590.
- Riley, Steve. 1997. "Sierra Leone: The Militariat Strikes Again." *Review of African Political*

- by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992, A/47/277 – S/24111. <<http://www.un.org/Docs/SG/appeace.html>> (abgerufen am 23.05.2007).
- United Nations. 2007a. "Fourth Report of the Secretary-General on the United Nations Integrated Office in Sierra Leone." 07. May. S/2007/257. <<http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N07/328/83/PDF/N0732883.pdf?OpenElement>> (abgerufen am 21.06.2007).
- United Nations. 2007b. "The Republic of Sierra Leone United Nations Common Country Assessment." In Preparation for the United Nations Development Assistance Framework 2008-2010, January. <<http://www.uniosil.org/images/unct/CCA%202007.270307.pdf>> (abgerufen am 06.07.2007).
- United Nations. 2007c. "Fifth Report of the Secretary-General on the United Nations Integrated Office in Sierra Leone." 04. December. S/2007/704. <[http://www.reliefweb.int/rw/RWFiles2007.nsf/FilesByRWDocUnidFilename/EGUA-79RMJK-full_report.pdf/\\$File/full_report.pdf](http://www.reliefweb.int/rw/RWFiles2007.nsf/FilesByRWDocUnidFilename/EGUA-79RMJK-full_report.pdf/$File/full_report.pdf)> (abgerufen am 03.01.2007)
- United Nations. 2007d. "Sierra Leone Peacebuilding Cooperation Framework." 03. December. PBC/2/SLE/1. <<http://www.uniosil.org/documents/SL%20Framework%20Final.pdf>> (abgerufen am 03.01.2007)
- United Nations. o.J. UN DDR Resource Centre, Country Programme Sierra Leone. <<http://www.unddr.org/countryprogrammes.php?c=60#challenges>> (abgerufen am 28.06.2007).
- United Nations Development Programme. 2006. *Human Development Report 2006. Beyond Scarcity: Power, poverty and the global water crisis.* <<http://hdr.undp.org/hdr2006/pdfs/report/HDR06-complete.pdf>> (abgerufen am 12.07.2007).
- United Nations Integrated Office in Sierra Leone. 2007. "ACC boss slams the door on ex-SLPP functionaries." - Review of Sierra Leone *Media Reports*, 17 December. <<http://www.uniosil.org/read.asp?newsID=714>> (abgerufen am 03.01.2008).
- United Nations Mission in Sierra Leone. 2003. "The DDR Process in Sierra Leone. Lessons Learned." DDR Coordination Section, August. <http://ec.europa.eu/europeaid/projects/acp/lesson_learned_ddr_in_sierra_en.pdf> (abgerufen am 28.06.2007).
- Wierda, Marieke. 2006. "Transitional Justice in Sierra Leone." In de Zeeuw und Kumar, S. 183-207.
- World Bank. 2006. "Justice for the Poor & Understanding Processes of Change in Local Governance. Sierra Leone." Concept Note, December. <http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2007/06/15/000020439_20070615155313/Rendered/PDF/400380SL0Conce1or0the0Poor01Public1.pdf> (abgerufen am 29.06.2007).
- Zack-Williams, Alfred B. 1997. "Kamajors, 'Sobel' & the Militariat: Civil Society & the Return of the Military in Sierra Leonan Politics." *Review of African Political Economy* Jg. 24, Heft 73, S. 373-398.
- Zack-Williams, Alfred B. 1999. "Sierra Leone: the political economy of civil war, 1991-98." *Third World Quarterly* Jg. 20, Heft 1, S. 143-162.
- Zounmenou, David. 2007. "In the eye of a cyclone: Sierra Leone's 2007 elections." Institute for Security Studies *Situation Report*. 3. August. <http://www.iss.co.za/dynamic/administration/file_manager/file_links/SIERRA%20LEONE%20SITREP.PDF?link_id=3&slink_id=4855&link_type=12&slink_type=13&tmpl_id=3> (abgerufen am 19.09.2007)

Facilitating Peace and Development through Research, Advisory services, Training

As an independent, non-profit organization BICC (Bonn International Center for Conversion) is dedicated to promoting and facilitating peace and development.

Our task

BICC seeks to assist in preventing violent conflict and hence contribute to their constructive transformation.

While disarmament frees resources, which can be employed in the fight against poverty, conversion allows for a targeted, best possible reuse of these resources.

Our work

Peace and development: BICC offers advisory services on demobilization and reintegration (DD&R). It evaluates demobilization and reintegration processes as well as peacebuilding tools, studies the role of the security sector, researches on the nexus between development and peace as well as early warning systems for crises.

Arms—global trends, exports and control: BICC analyzes global trends in defense expenditures, armed forces personnel and militarization. It reveals interrelationships between arms exports, development aid and human rights and lobbies for global arms control.

Small Arms and Light Weapons (SALW): BICC offers advice and trainings worldwide on small arms control. It also consults on the marking and tracing of SALW as well as the safe stockpiling of SALW and ammunition. It collects data on the proliferation of small arms and light weapons and evaluates small arms control activities.

Resources and conflict: BICC studies the nexus between natural resources and conflict while lobbying and training on the topic of 'natural resources and conflict'.

Migration and conflict: BICC carries out research on the nexus between migration in Africa and security. It discusses challenges of migration and displacement in Sub-Saharan Africa and studies the African diaspora in North Rhine-Westphalia (NRW), in Germany and in the European Union.

Base Conversion: BICC has carried out research on base conversion for 15 years—not only in Germany but worldwide.

Our services

Applied research (research papers, background and evaluation studies, impact analysis, indicator development, data collection and analysis as well as project assistance and implementation).

Advisory services (Background analyses, policy recommendations, expert workshops).

Capacity-building through the elaboration of concepts and modules for education and training.

Public relations (publications, conferences, events, and exhibitions).

Our donors and partners

- International and UN-organizations
- Governments
- International and national foundations
- International and national research institutions
- International and national NGOs
- German Federal States (*Land*) and federal ministries.

Our organization

On the basis of applied research, BICC offers consultancy, policy advice and training. Its international staff carries out self- and third-party financed projects.

BICC collects and publishes information, carries out evaluations and prepares publications and makes these materials available to NGOs, governments and private organizations. It is co-publisher of an international scientific book series (Sustainable Peace and Global Security Governance) and the annual State of Peace Report (*Friedensgutachten*).

The Center organizes exhibitions, conferences, expert workshops and talks on a regular basis. These events help make the public even more aware of the issues that are important to BICC.

BICC was founded in 1994 with the support of the Land North Rhine-Westphalia (NRW) as a non-profit limited liability company (GmbH). Shareholders are the Lander of NRW and Brandenburg. BICC bodies are its Supervisory Board, its Board of Trustees, and the International Board.

Impressum:

© BICC

Bonn International Center for Conversion -
Internationales Konversionszentrum Bonn
GmbH

An der Elisabethkirche 25

53113 Bonn

Tel. 0228-911 96-0

Fax: 0228-24 12 15

E-Mail: bicc@bicc.de

Internet: www.bicc.de

Direktor: Peter J. Croll

Lektorat und Layout: Heike Webb